Nr. 133.— 35. Jahrgang.

Dülmener Zeitung.

Dülmener Anzeiger — Dülmen-Halterner Volkszeitung

mit der Sonntags-Beilage Liboriusblatt.

Donnerstag, 5. Novbr. 1908.

Bezugspreis: Durch die Boten zugestellt 1,20 Mk. vierteljährlich, von der Expedition abgeholt 1 Mk.

Anzeigen werden mit 15 Pfg. für die einfache Petitzeile oder deren Raum berechnet. Bei Wiederholungen und größeren Aufträgen entsprechender Rabatt.

Reklamen kosten in Textspaltenbreite 50 Pfg. die Zeile.

Beilagegebühr: 5 Mk. das Tausend.

Anzeigen-Annahme bis Montag, Mittwoch und Freitag mittag für die jeweils fällige Nummer.

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstags, Donnerstags und Samstags.

Expedition: J. Horstmann'sche Buchhdlg. Marktstraße 11. — Fernruf 29.

Verlag der Dülmener Zeitung, G. m. b. H., Dülmen.

Druck von Breer & Thiemann, Hamm.

Verantwortlicher Redakteur: für den lokalen Teil, Anzeigen u. Reklamen B. Horstmann in Dülmen; für Politik, Feuilleton und Allgemeines A. Gockel in Hamm.

Erstes Blatt.

Der Schleier ist gelüftet!

* **Berlin**, 3. November 1908.

Die „Nordd. Allg. Ztg." veröffentlicht heute in 16 Spalten den Wortlaut der dem Reichstage zugehenden Gesetzentwürfe über die Reichsfinanzreform samt einer Denkschrift. Daraus ist folgendes hervorzuheben:

Die Steuervorlagen der Reichsfinanzreform.

Das neue Steuersystem, welches für den Mehrbedarf des Reiches in Höhe von 500 Millionen Mark den Betrag von 475 Millionen Mark aufbringen soll, ist ausgestaltet worden unter dem Gesichtspunkte der Ergiebigkeit der Heranziehung aller Bevölkerungsschichten, der Verteilung nach der Leistungsfähigkeit und der Vermeidung von Belastungen, die di: gesunde volkswirtschaftliche Entwickelung und Kapitalbildung hemmen. Ferner war es geboten, auf die bestehenden einzelstaatlichen und kommunalen Steuerverhältnisse Rücksicht zu nehmen.

In erster Linie bedurfte es der Heranziehung der allgemeinen Genußmittel:

Branntwein, Bier, Wein und Tabak,

weil sie allein die notwendigen, großen Summen aufzubringen vermögen. Die vorgeschlagenen Abgaben sind so bemessen, daß ein dauernder oder erheblicher Rückgang des Verbrauchs nicht zu befürchten steht. Ferner gestatten sie den betroffenen Industrie- die Abwälzung und sind, soweit möglich, nach [illegible] wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Verbrauch abgestuft. Neben den Verbrauchsabgaben ist e Steuer auf Elektrizität und Gas, sowie auf Anzeigen vorgesehen. Aus einer selbst geringen Elektrizitätsabgabe kann bei der großen Zukunft der Benutzung elektrischer Kraft auf erhebliche Einnahmen gerechnet werden. Die Elektrotechnik erweist sich als so anpassungsfähig, daß sie die geringe Belastung durch eine Verbesserung der Produktion mühelos ausgleichen wird. Dasselbe gilt vom Gas, das schon mit Rücksicht auf den Wettbewerb einer Steuer zu unterwerfen war. Auch die Anzeigensteuer wird bei mäßigen Sätzen erhebliche Erträge abwerfen, ohne daß ein beachtlicher Rückgang im Inserieren zu erwarten wäre.

Daneben erweist es sich als absolut notwendig, solche Steuern heranzuziehen, die vornehmlich von den Besitzenden getragen werden. Das kann nur durch den Ausbau der Nachlaßbesteuerung erfolgen. Sie wird zu einer ergiebigen Einnahmequelle ausgestaltet, sobald man die Nachlässe an Abkömmlinge und Ehegatten mit besteuert. Die Einführung der Nachlaßsteuer macht eine Neuregelung der bestehenden Erbschaftssteuer notwendig. Gleichzeitig soll den modernen Rechtsanschauungen durch Beseitigung des unbegrenzten Zinsgenuß-Prozesses Rechnung getragen werden. Die Ausbildung der Nachlaßsteuer ermöglicht zugleich bei allen denen, die ein Vermögen von mehr als 20 000 Mark hinterlassen, einen Zuschlag zu erheben, wenn sie ihrer Wehrpflicht nicht genügt haben.

Andererseits ist von jeder eigentlichen Verkehrssteuer Abstand genommen, im Gegenteil schlagen die verbündeten Regierungen die Aufhebung der Fahrkartensteuer und die Wiederermäßigung des Ortsportos auf Postkarten und zwar auf 3 Pfg. vor.

Die neuen Steuern sollen erbringen: Branntwein 100, Tabak 77, Bier 100, Wein 20, Nachlaß- und Erbschaft einschließlich Erbrecht des Staats und Wehrsteuer insgesamt 92, Elektrizität und Gas 50, Anzeigen 33 Millionen Mark.

Die Hauptbestimmungen der einzelnen Gesetzesvorlagen sind nachstehend wiedergegeben:

1. Der Zwischenhandel des Reiches mit Branntwein.

Der An- und Verkauf des Branntweins im großen, sowie die Branntweinreinigung wird auf das Reich übertragen; die Herstellung, sowie die weitere Verarbeitung und der Detailvertrieb des Branntweins verbleibt der privaten Gewerbetätigkeit. Der regelmäßige Verkaufspreis wird so bemessen, daß sämtliche Verwaltungskosten gedeckt werden und eine Reineinnahme von 220 Millionen Mark an die Reichskasse abgeführt wird. Den bestehenden Brennereien wird der bisherige Betriebsumfang gewährleistet. Neu entstehende landwirtschaftliche Brennereien werden von 10 zu 10 Jahren besonders veranlagt. Das Betriebsamt übernimmt den innerhalb des Brennrechts hergestellten Branntwein zum regelmäßigen Ankaufspreise, den Ueberbrand zu herabgesetzten Preisen. Der regelmäßige Kaufpreis wird so bestimmt, daß er die durchschnittlichen Herstellungskosten eines Hektoliters Alkohol in gut geleiteten Kartoffelbrennereien mittleren Umfanges deckt, wobei die Schlempe kostenfrei dem Brennereibesitzer bleibt. Die sog. Liebesgabe fällt fort. Für den in den Grenzen der Kontingente des bisherigen Gesetzes hergestellten Branntwein erhalten die Brennereibesitzer auf 10 Jahre eine Entschädigung in halber Höhe vorgesehen. Aus einer selbst geringen Elektrizitätsabgabe kann bei der großen Zukunft der Benutzung elektrischer Kraft auf erhebliche Einnahmen gerechnet werden. Die Elektrotechnik erweist sich als so anpassungsfähig, daß sie die geringe Belastung durch eine Verbesserung der Produktion mühelos ausgleichen wird. Dasselbe gilt vom Gas, das schon mit Rücksicht auf den Wettbewerb einer Steuer zu unterwerfen war. Auch die Anzeigensteuer wird bei mäßigen Sätzen erhebliche Erträge abwerfen, ohne daß ein beachtlicher Rückgang im Inserieren zu erwarten wäre.

Daneben erweist es sich als absolut notwendig, solche Steuern heranzuziehen, die vornehmlich von den Besitzenden getragen werden. Das kann nur durch den Ausbau der Nachlaßbesteuerung erfolgen. Sie wird zu einer ergiebigen Einnahmequelle ausgestaltet, sobald man die Nachlässe an Abkömmlinge und Ehegatten mit besteuert. Die Einführung der Nachlaßsteuer macht eine Neuregelung der bestehenden Erbschaftssteuer notwendig. Gleichzeitig soll den modernen Rechtsanschauungen durch Beseitigung des unbegrenzten Zinsgenuß-Prozesses Rechnung getragen werden. Die Ausbildung der Nachlaßsteuer ermöglicht zugleich bei allen denen, die ein Vermögen von mehr als 20 000 Mark hinterlassen, einen Zuschlag zu erheben, wenn sie ihrer Wehrpflicht nicht genügt haben.

Andererseits ist von jeder eigentlichen Verkehrssteuer Abstand genommen, im Gegenteil schlagen die verbündeten Regierungen die Aufhebung der Fahrkartensteuer und die Wiederermäßigung des Ortsportos auf Postkarten und zwar auf 3 Pfg. vor.

Die neuen Steuern sollen erbringen: Branntwein 100, Tabak 77, Bier 100, Wein 20, Nachlaß- und Erbschaft einschließlich Erbrecht des Staats und Wehrsteuer insgesamt 92, Elektrizität und Gas 50, Anzeigen 33 Millionen Mark.

Die Hauptbestimmungen der einzelnen Gesetzesvorlagen sind nachstehend wiedergegeben:

1. Der Zwischenhandel des Reiches mit Branntwein.

Der An- und Verkauf des Branntweins im großen, sowie die Branntweinreinigung wird auf das Reich übertragen; die Herstellung, sowie die weitere Verarbeitung und der Detailvertrieb des Branntweins verbleibt der privaten Gewerbetätigkeit. Der regelmäßige Verkaufspreis wird so bemessen, daß sämtliche Verwaltungskosten gedeckt werden und eine Reineinnahme von 220 Millionen Mark an die Reichskasse abgeführt wird. Den bestehenden Brennereien wird der bisherige Betriebsumfang gewährleistet. Neu entstehende landwirtschaftliche Brennereien werden von 10 zu 10 Jahren besonders veranlagt. Das Betriebsamt übernimmt den innerhalb des Brennrechts hergestellten Branntwein zum regelmäßigen Ankaufspreise, den Ueberbrand zu herabgesetzten Preisen. Der regelmäßige Kaufpreis wird so bestimmt, daß er die durchschnittlichen Herstellungskosten eines Hektoliters Alkohol in gut geleiteten Kartoffelbrennereien mittleren Umfanges deckt, wobei die Schlempe kostenfrei dem Brennereibesitzer bleibt. Die sog. Liebesgabe fällt fort. Für den in den Grenzen der Kontingente des bisherigen Gesetzes hergestellten Branntwein erhalten die Brennereibesitzer auf 10 Jahre eine Entschädigung in halber Höhen vorgesehen. Aus einer selbst geringen Elektrizitätsscheine. Das Reservatrecht der süddeutschen Staaten wird in der Weise berücksichtigt, daß den süddeutschen Brennern anstelle der günstigeren Kontingentierung entsprechende Zuschläge zum regelmäßigen Branntweinankaufspreise gewährt werden. Der Besonderheit der Obstbrennerei wird Rechnung getragen. Das Gesetz soll am 1. Oktober 1909 in Kraft treten.

2. Brausteuer.

Die Brausteuer soll derart erhöht werden, daß eine Mehreinnahme für das Reich von rund 100 Mill. Mark erwächst. Die Erhöhung wird das Hektoliter fertigen Bieres mit 2 ℳ treffen, ein Betrag, dessen Abwälzung sich ohne große Schwierigkeit ermöglichen läßt. Die allgemeine Steuerstaffel ist nach dem Vorbilde der badischen und der elsaß-lothringischen Biersteuer vereinfacht und mehr zusammengedrängt worden. Sie beginnt mit dem Satze von 14 ℳ und endigt bei einer Malzverwendung von über 5000 Doppelzentnern mit 20 ℳ per Doppelzentner. Den schon vor dem 1. Oktober 1908 bestehenden kleinen Brauereien mit einer Malzverwendung von höchstens 150 Doppelzentnern ist eine Ausnahmestellung eingeräumt. Sie haben nur 10 ℳ per Doppelzentner zu zahlen. Der Zoll für das vom Ausland eingeführte Bier ist auf 1,65 ℳ per Doppelzentner bemessen. Schließlich enthält der Entwurf noch Bestimmungen über die Besteuerung des in der Bierbrauerei verwendeten Zuckers, die Haustrunkbereitung, den Verkehr mit Bierextrakt, die Herstellung von Malzextrakt usw.

3. Die Weinsteuer.

(Näheres in nächster Nummer.)

4. Die Tabaksteuer.

Von der neuen Fabrikatsteuer, deren Ertrag auf 77 Mill. Mark berechnet ist, sollen außer den Zigaretten, für die eine mäßige Erhöhung der Besteuerung der teueren Sorten in Aussicht genommen ist, die Zigarren ohne Ausnahme, Rauch-, Kau- und Schnupftabak dagegen nur **von einer bestimmten Preisgrenze an** getroffen werden. Die Steuersätze bewegen sich für Zigarren in 6 Stufen, von 4,— bis 96,— ℳ pro tausend Stück, für Zigaretten in 7 Stufen, von 1,50 bis 24,— ℳ für tausend Stück, für feingeschnittenen Tabak in 5 Stufen von 0,80 bis 12,80 ℳ für 1 Klgr. Das Verhältnis der Steuerbelastung der Zigarren zu derjenigen der Zigaretten ist auf etwa 1 : 1½ bemessen, die Steuersätze betragen bei Zigarren 10—13 Proz. und bei Zigaretten 15—20 Proz. des Kleinverkaufspreises. Für die Gestaltung der Fabrikatsteuer ist das Banderolensystem gewählt worden, wofür, abgesehen von der befriedigenden Entwicklung der amerikanischen Tabakbanderolensteuer, vor allem die günstigen Erfahrungen maßgebend waren, die mit der Zigarettenbanderole gemacht worden sind. Die Steuerkontrolle fußt in der Hauptsache auf der Buchführung der Steuerpflichtigen, in Verbindung mit der Verwendung von Steuerzeichen, welch' letztere sich in den einfachsten Formen vollziehen soll. Für die vom Ausland einkommenden Erzeugnisse sind erhebliche Zollerhöhungen vorgesehen, und zwar für bearbeitete Tabakblätter auf 250 ℳ, Pfeifen-, Kau- und Schnupftabak auf 3000 ℳ, Zigarren und Feinschnitt auf 700 Mark und Zigaretten auf 1000 ℳ für 1 Doppelzentner. Die bestehende Tabakbesteuerung soll ohne Aenderung des geltenden Zollsatzes für ausländischen Rohtabak und des Steuersatzes für inländischen Tabak bestehen bleiben. Dadurch soll hauptsächlich die Aufrechterhaltung des Unterschieds in der Belastung des in- und ausländischen Tabaks gesichert und eine Neuregelung dieser schwierigen Frage entbehrlich gemacht werden.

5. Die Elektrizitäts- und Gassteuer.

Die Steuer beträgt für Elektrizität und Gas, die gegen Entgelt abgegeben werden, 5 Proz. des Abgabepreises, jedoch nicht mehr als 0,4 ₰ für die Kilowattstunde. Bei Herstellung zum eigenen Bedarf beträgt der normale Steuersatz 0,4 ₰ oder nach Wahl 5 Proz. für die Kilowattstunde und für das Kubikmeter Gas von wenigstens 2000 Wärmeeinheiten; 0,2 ₰ für Gas von 1000 bis 2000 Wärmeeinheiten. Der Steuerbetrag wird bei Abgabe gegen Entgelt auf Grund der Geschäftsbücher und Anschreibungen, bei Erzeugung zum eigenen Bedarf auf Grund amtlich beglaubigter Meßgeräte ermittelt.

Die Steuer auf Glühlampen beträgt für solche bis 16 Watt: 5 ₰, von über 15—25 Watt: 10 ₰, von über 25—60 Watt: 20 ₰, von über 60—100 Watt: 50 ₰ für das Stück. Für Glühkörper zu Gasglühlicht, Spiritus, Petroleum und ähnliche Glühlampen: 10 ₰ für das Stück; für Bogenlampenstifte 1 ℳ für das Klgr., für Quecksilberdampf- und ähnliche Lampen 1 ℳ für je 100 Watt.

Die Steuer auf Beleuchtungsmittel ist vom Hersteller mittels Verwendung von Steuerzeichen auf den Packungen zu entrichten, bevor die verpackten Erzeugnisse aus der Erzeugungsstätte entfernt werden; bei eingeführten Erzeugnissen erfolgt die Versteuerung bei der Zollabfertigung oder innerhalb dreier Tage nach dem Empfange. Der Betriebsinhaber von Strom- oder Gaserzeugungsanlagen haben über die abgegebenen Mengen, bezw. den Stand der Meßgeräte usw., die Inhaber von Betrieben zur Herstellung von Beleuchtungsmitteln über den Zu- und Abgang der fertigen Erzeugnisse Anschreibungen zu führen. Für die erstmalige Beschaffung der Meßgeräte wird den zum eigenen Bedarf arbeitenden Betriebsinhabern während der ersten zehn Jahre je ein Zehntel der Kosten vergütet.

Das Licht wird stärker herangezogen als der industrielle Verbrauch. Von dem voraussichtlichen Reinertrag von rund 50 Mill. Mark treffen rund 32 Proz. auf elektrische Arbeit, 26 Proz. auf Gas, 21 Proz. auf Beleuchtungsmittel für Elektrizität und 18 Proz. auf solche für Gas.

6. Die Anzeigen-Steuer.

Durch das Anzeigen-Steuergesetz sollen Anzeigen, die in inländischen Zeitungen und Zeitschriften oder in sonstigen inländischen, durch Druck oder andere Mittel vervielfältigten Blättern oder Schriften (Anzeigeblättern) enthalten sind (Einrückungen) oder mit diesen verbreitet werden (Sonderbeilagen), sowie Anzeigen, die im Inland öffentlich angebracht, ausgestellt oder vorgenommen werden (Ankündigungen), mit einer Abgabe belegt werden. Die Steuer für Einrückungen wird erhoben von dem Betrag an Einrückungsgebühr, der sich nach den Gebührensätzen des Anzeigeblattes für den zur Einrückung verwendeten Flächenraum berechnet. Wird dargetan, daß ein geringerer Betrag bezahlt ist, so wird dieser Betrag zugrunde gelegt. Die Steuer beträgt bei Anzeigeblätter bei einer Auflage bis 5000 Stück 2 Proz., bis 10 000 Stück 4 Proz., bis 50 000 Stück 6 Proz., bis 100 000 Stück 8 Proz. und über 100 000 Stück 10 Proz. der Nettoeinrückungsgebühren. Anzeigeblätter, die wöchentlich einmal oder in größeren Zwischenräumen erscheinen, entrichten als Steuer allgemein 10 Proz. der Einrückungsgebühr, und für Sonderbeilagen beträgt die Steuer 20 Proz. der Beilagegebühr. Steuerfrei bleiben Arbeits- und Stellengesuche von nicht mehr als 5 gewöhnlichen Anzeigezeilen.

Als steuerpflichtige Ankündigungen gelten alle Ankündigungen in Schrift und Bild, welche auf öffentlichen Straßen und Plätzen oder in öffentlichen Räumen ausgestellt, insbesondere auch durch Lichtwirkungen hervorgebracht, in geschlossenen Privaträumen, die dem allgemeinen Zutritt offen stehen, durch Ausstellen sichtbar gemacht, oder auf Privatgrundstücken und in Privaträumen so angebracht werden, daß sie von öffentlichen Straßen, Plätzen oder Räumen aus wahrgenommen werden. Ankündigungen, für deren Anbringen ein Entgelt entrichtet wird, unterliegen einer Steuer für jedes Stück, nach dem bei der Ankündigung eingenommenen Flächenraume. Die Steuer beträgt bei gedruckten Ankündigungen für je 1000 Kubikzentimeter oder für einen Bruchteil davon in Orten bis zu 50 000 Einwohnern 1 ₰, 100 000 Einwohnern 2 ₰, über 100 000 Einwohnern 3 ₰. Bei anderen Ankündigungen beträgt die Steuer für je 1000 Kubikzentimeter der Fläche oder für einen Bruchteil davon das zwanzigfache der vorstehenden Sätze. Firmenschilder und andere Aufschriften an Gebäuden, sowie in Geschäftsräumen angebrachte Ankündigungen, die lediglich den Geschäftsbetrieb der Bewohner oder Inhaber betreffen, werden als steuerpflichtige Ankündigungen nicht angesehen.

7. Nachlaßsteuer, Erbrecht des Staates und Erbschaftssteuer.

Der Entwurf eines Nachlaßsteuergesetzes unterwirft den Nachlaß als Ganzes ohne Rücksicht auf die Personen, an welche die Erbschaft fällt, der Besteuerung und ergreift so auch die Nachlässe, die auf Ehegatten und Kinder übergehen. Die Steuerpflicht ist auf solche Nachlässe beschränkt, deren reiner Wert den Betrag von 20 000 Mark übersteigt. Die Höhe der Steuer beträgt bei einem reinen Werte des Nachlasses von mehr als 20 000 bis 30 000 Mark 0,5 Proz., von mehr als 30 000 bis 40 000 Mark 0,6 Proz., von mehr als 40 000 bis 50 000 Mark 0,7 Proz., von mehr als 50 000 bis 60 000 Mark 0,8 Proz., von mehr als 60 000 bis 75 000 Mark 1 Proz., von mehr als 75 000 bis 100 000 Mark 1,2 Proz., von mehr als 100 000 bis 125 000 Mark 1,4 Proz., von mehr als 125 000 bis 150 000 Mark 1,7 Proz., von mehr als 150 000 bis 200 000 Mark 2 Proz., von mehr als 200 000 bis 300 000 Mark 2,3 Proz., von mehr als 300 000 bis 500 000 Mark 2,6 Proz., von mehr als 500 000 bis 750 000 Mark 2,8 Proz., von mehr als 750 000 bis 1 000 000 Mark 2,9 Proz., von mehr als 1 000 000 Mark 3 Prozent.

Für land- und forstwirtschaftlich genutzte Nachlaßgrundstücke soll der Steuerberechnung der Ertragswert zugrunde gelegt und als solcher das zwanzigfache des jährlichen Reinertrages angesehen werden oder auf Wunsch der Erben ein landwirtschaftlicher usw. Taxwert, sofern ein solcher vorliegt. Haben die Grundstücke im Laufe der vorhergehenden fünf Jahre der Steuer bereits einmal unterlegen, so soll sie unerhoben bleiben, und wenn der frühere Steuerfall mehr als fünf Jahre, aber nicht mehr als zehn Jahre zurückliegt, nur zur Hälfte erhoben werden. Ferner soll bei land- und forstwirtschaftlich genutzten Grundstücken gestattet sein, daß die Steuer in der Form einer 2 Jahre hindurch zu zahlenden Amortisationsrente getigt wird und daß, wenn in der Zwischenzeit ein neuer Erbfall sich ereignet, die Verpflichtung zur Zahlung der weiteren Rente nicht vor Fälligkeit der letzten Rentenzahlung einzutreten hat.

Die Feststellung des Abgabebetrages geschieht auf Grund einer Nachlaßsteuererklärung, welche dem zuständigen Erbschaftssteueramte einzureichen ist. Für die Anmeldung des Erbfalles und die Einreichung der Steuerklärung sind angemessene Fristen vorgesehen.

In der Form eines Zuschlages zur Nachlaßsteuer soll von dem Nachlasse derjenigen **wehrpflichtigen Personen**, die nicht aktiv Dienst geleistet haben, eine Wehrsteuer von 1,5 Proz. des Nachlasses erhoben werden. Der Entwurf unterscheidet sich von den sonstigen Wehrsteuersystemen nur dadurch, daß er die Auflage auf solche beschränkt, die bis zu ihrem Tode ein Vermögen haben erübrigen können. Der Ertrag aus der Nachlaßsteuer ist auf 84, der Ertrag der Wehrsteuer auf 14 Millionen Mark veranschlagt. Von dem Rohertrage der Nachlaß- und Wehrsteuer soll das Reich drei Vierteile erhalten, ein Viertel soll den Bundesstaaten verbleiben, für die sich aus der neuen Steuer ein ganz erheblicher Geschäftszuwachs ergeben wird. Ihre bisherige Einnahme aus der Reichserbschaftssteuer wird künftig von einem Drittel auf ein Viertel des Ertrages herabgesetzt. In dem Entwurf über das **Erbrecht des Staates** wird bestimmt, daß außer dem Ehegatten nur die Verwandten erster und zweiter Ordnung (Abkömmlinge, Eltern, Geschwister und deren Abkömmlinge) und die Großeltern gesetzliche Erben bleiben. Die weiteren Verwandten dagegen werden von der gesetzlichen Erbfolge ausgeschlossen. An ihre Stelle tritt der Fiskus, und zwar der Regel nach der Fiskus des Bundesstaates, in welchem der Erblasser seinen Wohnsitz hatte, mit der Maßgabe, daß drei Vierteile der Reineinnahme an das Reich abzuliefern sind. Man wird auf einen Jahresertrag aus dieser Steuer von etwa 25 Mill. Mark rechnen dürfen. Der Entwurf wegen Aenderung des Erbschaftssteuergesetzes schlägt eine Anzahl Detailänderungen vor, die sich teils in der Praxis als erwünscht gezeigt haben, teils infolge der Einführung der Nachlaßsteuer und der Beschränkung der gesetzlichen Verwandten-Erbschaftsfolge geboten erscheinen.

8. Das Gesetz betr. Aenderungen im Finanzwesen.

Zunächst wird der Spielraum **der Matrikularbeiträge** erweitert, sowie bestimmt, daß der Höchstbetrag auf die Dauer von fünf zu fünf Jahren durch besonderes Gesetz festgesetzt werden soll. Für die nächsten fünf Jahre wird ein Höchstbetrag von 80 Pfg. pro Kopf in Vorschlag gebracht. Das finanzielle Verhältnis zwischen dem Reich und den Einzelstaaten erfährt eine wesentliche Vereinfachung, indem als einzige **Ueberweisungssteuer** die Reineinnahme aus dem Zwischenhandel des Reiches mit Branntwein verbleibt, der gleich hohe Zahlungen von Matrikularbeiträgen an das Reich gegenüberstehen. Ueber die Tilgung der **Reichsanleiheschuld** werden neue verschärfte Grundsätze aufgestellt, ferner enthält das Gesetz die den Wünschen des Publikums entgegenkommende **Aufhebung der Fahrkartensteuer**; hinsichtlich der **Zuckersteuer** bestimmt das Gesetz, daß die Herabsetzung von 14 Mark auf 10 Mark erst am 1. April 1910 stattfinden soll.

Die Kommissionsberatung der preuß. Besoldungsvorlagen.

Berlin, 3. Nov.

In der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses begann heute die Beratung der Besoldungsvorlagen. Auf Vorschlag des Vorsitzenden, Frhr. v. Erffa, werden die Petitionen der Beamten betr. Rang, Titel und Urlaub bis zur Etatsberatung ausgesetzt; ferner soll in den Mitteilungen an die Presse die Bezeichnung der Fraktionen und der Redner unterlassen werden.

Bei der Spezialdiskussion wird beantragt, in Klasse 1, welche 1000—1200 ℳ fordert, 1100—1300 ℳ zu gewähren. Begründet wird dies damit, daß für eine Reihe von Beamten, z. B. für Bahnwärter, das erhöhte Wohnungsgeld nicht eintrete, weil diese vielfach Dienstwohnungen hätten, und infolge des Wegfalls der Teuerungszulagen diesen Beamten keinerlei Aufbesserung gewährt werden.

Der **Finanzminister** warnt vor dem Herausgreifen einzelner Kategorien, da dies zu weitgehenden Folgerungen führen müsse. Nach dem vorliegenden Antrage entstehe eine Mehrbelastung von etwa 5 Mill. Mark, abgesehn von den Mehrforderungen für die übrigen Klassen. Die Deckungsfrage mache große Schwierigkeiten, 71 Mill. Mark blieben noch ungedeckt.

Von anderer Seite wird ein Gehalt von 1200 bis 1400 bezw. 1200 bis 1300 ℳ beantragt. Der **Eisenbahnminister** teilt mit, daß 17 132 Bahnwärter vorhanden seien, davon 9000 mit Dienstwohnungen. Die Stellen seien sowohl früher wie auch jetzt noch vor Rottenarbeitern sehr umworben. Diese träten mit 22 Jahren in den Dienst ein und mit 34 Jahren erhielten sie eine feste Anstellung. Meist hätten sie Dienstland, daneben auch noch Pachtung. Die Teuerungszulage hätte nur ein kleiner Teil dieser Beamten bezogen, besonders im Industriegebiet. Nach Wegfall dieser Teuerungszulage sollen bei schwierigen Dienststellen Zulagen gegeben werden.

Der **Finanzminister** wendet sich gegen den in der Kommission gestellten Antrag 1000—1200 ℳ Gehalt in zwölf Jahren zu gewähren. Woher solle man die Deckung nehmen? Aus Gewerbe- und Handwerkerkreisen gingen dem Minister ständig Briefe zu, die sich wegen der Schwierigkeit der Beschaffung von Gesellen und Arbeitern, **gegen die Besoldungserhöhung** wenden. Er warnt deshalb vor der Steigerung der Besoldung über die Vorlage hinaus.

Bei den Aufseherinnen in den Gefängnissen der Land- und Amtsgerichte sind Remunerationen aus dem Arbeitsverdienst der Gefangenen vorgesehen, was von einem Kommissionsmitgliede bemängelt wird. Redner erklärt, daß seine Freunde gegen alle **Remunerationen** stimmen würden. Regierungsseitig wird dem widersprochen, da die Remunerationen aus objektiven Gründen im Interesse des Arbeitsverdienstes verteilt werden. Unterstaatssekretär Dombois weist darauf hin, daß Remunerationen für höhere Beamte nur im Bau- und Bergfach beständen, für mittlere und Unterbeamten könnten sie nicht entbehrt werden. Diese Erklärung wird zu Protokoll gegeben. Eine Durchschnittsberechnung der Remunerationen könne wegen der zu großen Verschiedenheit nicht gegeben werden. Auf mehrfache Anregungen wegen Abschaffung des Remunerationsfonds erwidert der Eisenbahnminister, daß dieser Fonds nicht entbehrt werden könne, im Interesse der Beamten des äußeren Dienstes, denen in Fällen besonderer Anstrengung und besonderer Dienstleistungen Remunerationen gewährt werden müßten.

Klasse 1 ist damit erledigt. Die Abstimmung soll erst nach Schluß der Beratung über die Anträge zu Klasse 2 vorgenommen werden, weil diese beiden Klassen zusammenhängen. — Es folgt die Beratung über Klasse 2. Im Entwurf ist ein Gehalt von 1000 bis 1500 ℳ vorgesehen. Es liegen Anträge vor, das Gehalt auf 1100 bis 1600 ℳ zu erhöhen und die Klassen 2 und 3 zu verschmelzen, weil zwischen ihnen nur geringe Verschiedenheiten beständen. Auf mehrfache Anfragen erwidert der Eisenbahnminister, daß Bremser und Schaffner ohne Wohnungsgeld um 24 Prozent, gleich 285 ℳ pro Kopf, im Durchschnitt erhöht würden. Diese Stellen seien ohnehin nur Durchgangsstellen. Die nicht pensionsfähigen Stellenzulagen bestimmten die Provinzialbehörden. Der Minister gibt zu, daß die Nebenbezüge ungleichmäßig verteilt werden. Die Fahrdienstleistung müsse zugrunde gelegt werden. Es könne statt der Kilometerzahl die Stundenzahl gerechnet werden. Die Stellenzulagen könnten nicht pensionsfähig gemacht werden, weil die Inhaber oft wechselten und in Stellen versetzt würden, wo weniger Anstrengung erforderlich sei. Er weist auf die Verschiedenheit der Schaffner und Weichensteller hin. Bei Gleichstellung sei es zweifelhaft, ob fortan eine genügende Zahl von Weichenstellern zu finden sein werde. Die Abstimmung über die Anträge werden auf Mittwoch vertagt.

Tages-Ereignisse.

* **Berlin**, 3. November 1908.

In die verstärkte Budgetkommission, welche die Beamtenbesoldungsvorlage und die neuen Steuergesetze zu beraten hat, ist vom Zentrum der Abg. Amtsgerichtssekretär **Bartscher** gewählt worden.

Die hohen Beziehungen des „Vorwärts" werden jetzt interessant beleuchtet durch die Enthüllung über die Art und Weise, wie der Entwurf eines Gesetzes über die Gas- und Elektrizitätssteuer in die Hände des sozialdemokratischen Zentralorgans gekommen ist. Dr. E. H. Dietzsch, der ein in weitesten Kreisen unbekanntes Blatt „Kommunale Rundschau" macht, hat den Entwurf vom Staatssekretär unterbreitet erhalten. Dietzsch hat dann mit der Erlaubnis des Staatssekretärs diesen Entwurf dem deutschen Städtetag unterbreitet, und der hat darüber beraten. Dieser Entwurf deckt sich mit dem, was der „Vorwärts" veröffentlicht hat, denn er enthält dieselben Druckfehler. Die Veröffentlichung ist also offenbar auf dem Wege über den deutschen Städtetag in den „Vorwärts" gekommen.

Von einem Reichshandelsamt ist jetzt viel die Rede. Daß das Reichsamt des Innern zu viel Gebiete umfaßt, ist wiederholt erörtert worden. Schon zu Posadowskys Zeiten sprach man von einer Teilung, und es war damals bestimmt in Aussicht genommen worden ein Reichsarbeitsamt einzuteilen. Mit Rücksicht auf die enorme Arbeitskraft Posadowskys ließ man ihm aber die Verwaltung des ganzen Gebietes. Inzwischen ist nun Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg gekommen; in der überstürzten Schnelligkeit, mit der man ihn zum Staatssekretär machte, ist die Teilung des Amtes unterblieben. Als dann später eine derartige Maßregel wieder angeregt wurde, stemmte sich der neue Staatssekretär dagegen; er wollte von einem Reichsarbeitsamt nichts wissen. Der Block, der ja den Reichstag beherrscht, ist ebenso frei von sozialpolitischen Regungen, wie Herr v. Bethmann-Hollweg, der ausgeprägteste Typ eines preußischen Bureaukraten. Daraufhin ist von interessierter Seite die Errichtung eines Reichshandelsamtes angeregt worden. Wie es heißt, soll der Staatssekretär dieser Anregung nicht ganz ablehnend gegenüberstehen.

Staatssekretär Sydow über die Zehnmarkscheine. Staatssekretär Sydow hat die Eingabe des Präsidenten des Deutschen Handelstages wegen der schlechten Beschaffenheit der Zehnmarkscheine beantwortet. Er sagt in einem Antwortschreiben: Ich teile ergebenst mit, daß die zu starke Abnutzung des Papiers der neuen Reichskassenscheine auch hier bereits anerkannt worden ist und daß deshalb Versuche mit einem haltbareren Papier angeordnet sind.

Eine Abrechnung mit dem Abgeordnetenhause hielt am Sonntag der **Zehngebote-Hoffmann** in einer sozialdemokratischen Versammlung im Berliner Feenpalast. Hoffmann hielt die Rede, die er am Freitag halten wollte, noch einmal, nur war sie mit Ausfällen gegen Herrn v. Kröcher und die Landtagsmehrheit gespickt, um wenigstens etwas Neues zu bringen, verzapfte Hoffmann seinen gutgläubigen Zuhörern ein Schreiben, das ihm angeblich von katholischen Geistlichen zugegangen war. In diesem Schrei-

ben werden die sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten aufgefordert, bei der Besoldungsvorlage für den „niederen katholischen Klerus" einzutreten, dessen Interessen das Zentrum unter dem Einfluß der Bischöfe nicht berücksichtigt. Genosse Hoffmann scheint einem Spatzvogel ins Garn gegangen zu sein. Er glaubt doch wohl selber nicht, daß ein katholischer Geistlicher sich mit solcher Bitte an einen Sozialdemokraten, die bekanntlich gegen jede Unterstützung der Kirche aus Staatsmitteln die giftigste Hetze treiben, wenden würde. Oder meint Herr Hoffmann, daß er als Haustheologe der Sozialdemokratie besonderes Vertrauen beanspruchen könne.

Der Wirkl. Geheime Rat Hamann, der bisherige Chef des Preßdezernats im Auswärtigen Amte verläßt, wie bestimmt verlautet, diese Stellung.

Die Marine wird nächstens mit einem **neuen Wimpel** beglückt werden. Der Kaiser hat nämlich bei der Marine einen **Breitwimpel der Kaiserin** eingeführt. Die Bestimmungen darüber, was mit diesem Wimpel zu geschehen hat, in welcher Weise er zu respektieren ist usw., wird die freien Stunden, die unseren Matrosen heute noch bleiben, gewiß zum Teil recht angenehm ausfüllen!

Die Gewerbeordnungskommission des Reichstages nahm den Antrag des **Zentrums** an, wodurch der § 159 der Gewerbeordnungsnovelle, welcher verbietet, in Bergwerken, Salinen, Aufbereitungsanstalten und unterirdischen Brüchen Frauen unter Tage zu beschäftigen, wobei Oberschlesien ausgenommen ist, dahin abgeändert wird, daß die Beschäftigung von Arbeiterinnen auf solchen Betrieben überhaupt verboten ist, mit der Maßgabe, daß dieses Verbot spätestens am 1. Januar 1912 durchgeführt wird, so daß der Industrie eine dreijährige Frist bleibt, sich einzurichten. Der Antrag der Wirtschaftlichen Vereinigung, auf den Kokereien die Frauenarbeit ebenfalls zu verbieten, fand auch Annahme. In der Debatte erklärte der Regierungsvertreter, es handle sich in der oberschlesischen Industrie um eigenartige wirtschaftliche Verhältnisse. Es seien etwa 80 000 Arbeiterinnen im Erz- und Kohlenbergbau beschäftigt und es sei nicht möglich, weiblichen Arbeitern im Industriebezirk eine andere Beschäftigung zu bieten; sie würden dann auf die Sachsengängerei angewiesen sein. Die Kommission erledigt sodann die Beratung der Bestimmungen über den Schutz der Arbeiterinnen in erster Lesung, nachdem **gegen** die Stimmen der Nationalliberalen, Konservativen und **zwei Sozialdemokraten** der Antrag des Zentrums zu § 154 a angenommen worden war, durch den die Verwendung von Arbeiterinnen zu schweren Arbeiten auf den Bauten verhindert werden soll.

Zum Vereinsgesetze. Dem Präses des katholischen Arbeitervereins in Schönwald, Kreis Gleiwitz, ist der Schlesischen Volkszeitung zufolge folgendes Schreiben des Amtsvorstehers zugegangen: „Auf Ihre Anfrage vom 4. September d. Js. betr. Notwendigkeit der Anmeldungen der Sitzungen, Versammlungen usw. Ihres Vereins teile ich Ihnen hierdurch ergebenst mit, daß nach einer Verfügung des Königl. Herrn Landrats sämtliche Arbeitervereine als politische zu behandeln sind und daß die Anmeldungen **nach wie vor** erforderlich sind."

Teilweise Aufhebung der Portofreiheit bei Militärbriefen. Wie verlautet, ist eine teilweise Aufhebung der Portofreiheit bei Militärbriefen beschlossen worden. Bisher waren alle Postsendungen, die unter der Bezeichnung Militaria oder Marinesache gingen, portofrei. Nun ist durch einen Erlaß des preußischen Kriegsministers, sowie durch einen Erlaß des Staatssekretärs des Reichsmarineamts bestimmt worden, daß der gesamte Briefwechsel der Truppen- und Marineteile, sowie auch die beiderseitigen Waren- und Geldsendungen von jetzt ab portopflichtig sind. Die Anwendung der Portofreiheitbezeichnung ist also in diesen Fällen fortan unzulässig.

Oesterreich-Ungarn.

Kaiser Franz Joseph ist am Samstag nachmittag um 5 Uhr von Pest hier wieder eingetroffen. Er wurde am Bahnhof von der Gemeindevertretung feierlich empfangen und vom Bürgermeister mit einer Ansprache begrüßt. Bürgermeister **Lueger** feierte den Kaiser als Mehrer des Reiches und sagte u. a.: „Wir alle sind für den Frieden, doch sind wir stets bereit, mit Gut und Blut für die Ehre und die Integrität des Reiches einzustehen." Der Kaiser dankte für den festlichen Empfang, drückte seine Freude darüber aus, daß die Ausdehnung der Souveränetät auf Bosnien und die Herzegowina den Beifall der Wiener Bevölkerung gefunden habe und sagte, er hoffe, daß es gelingen werde, die Angelegenheit in Ruhe und Frieden abzuwickeln.

England.

Eine königliche Botschaft an die Inder. Anläßlich des 50. Jahrestages der Uebernahme des Gebietes der alten Ostindischen Kompagnie durch die Krone richtete König Eduard eine Botschaft an das indische Volk. Die Botschaft erklärt, es sei Pflicht, mit Strenge gegen alle Verschwörungen vorzugehen, die jedem guten Inder ein Greuel seien; sie kündigt ferner für die nächste Zukunft eine **Erweiterung der repräsentativen Einrichtungen** sowie einen **Amnestieerlaß** an.

* * *

* **Berlin,** 3. November 1908.

┼ **Der Kaiser** hat vergangene Nacht die Reise nach Eckardsau zum Besuche des österreichischen Thronfolgers angetreten. In seiner Begleitung befinden sich der Chef des Militärkabinetts v. Hülsen-Häseler und der österreichische Botschafter v. Szögenich-Marich.

┼ **Die Fraktionsausschüsse der Blockparteien** waren heute versammelt und haben sich dahin geeinigt, sich für befriedigt zu erklären, wenn Fürst Bülow erklärt, daß der Text der Note der „Nordd. Allg. Ztg." den Tatsachen entspricht. — Falls die Nachricht zutrifft, würde sich der Block nicht weniger blamieren als Bülow und das Auswärtige Amt.

◊ **Eine neue Erkrankung.** Wie die Internationale politische Korrespondenz zuverlässig erfährt, ist auch der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amte v. **Stemrich** plötzlich erkrankt und auf Urlaub gegangen.

= **Ankündigung von Interpellationen.** Wie die „Vossische Zeitung" hört, wird die Freisinnige Fraktionsgemeinschaft eine Interpellation über die durch die Veröffentlichung der Äußerungen des Kaisers geschaffene politische Lage im Reichstag einbringen. — Die von der „Nordd. Allg. Ztg." veröffentlichte Darstellung des Sachverhalts, der die Publikation im „Daily Telegraph" zugrunde liegt, wird Veranlassung zu einer Interpellation im Reichstage geben, die, der „Nat.-Ztg." zufolge, von den Nationalliberalen eingebracht und von dem Abg. Bassermann begründet werden wird.

◊ **Die Neuordnung des Finanzwesens** wird in dem neuesten Artikel des Reichsschatzamtes recht eingehend behandelt. Die treibenden Gedanken in dieser Richtung werden im wesentlichen durch die folgenden Sätze charakterisiert: „Endlich muß die Anpassungsfähigkeit der Einnahmen an den Bedarf durch Ausbildung eines beweglichen Faktors aufrecht erhalten bleiben, dessen Höhe den wechselnden Ansprüchen gemäß unabhängig von den dauernd bewilligten Einnahmen durch Verständigung der gesetzgebenden Körperschaften periodisch festgesetzt wird, der aber gleichzeitig die verbündeten Regierungen vor der für ihre Finanzgebarung unerträglichen Schwankungen sicherstellt. Auf Grund dieser Gedanken entwickelt das Reichsschatzamt dann den Plan einer Regelung des Finanzverhältnisses zwischen Reich und Einzelstaaten auf je 5 Jahre und macht dann für das nächste Jahrfünft den Vorschlag der Festsetzung einer Höchstsumme von 80 Pfennig pro Kopf der Bevölkerung. An die Stelle der zurzeit bestehenden in ihren Erträgen schwankenden Ueberweisungssteuern soll der aus dem Zwischenhandel mit Spiritus in Höhe von 220 Millionen Mark den Einzelstaaten überwiesen werden. Nach dieser Regelung würden dann noch zwei Verbindungen zwischen den Finanzen des Reiches und denen der Einzelstaaten bestehen: zunächst die Matrikularbeiträge, für welche die Einzelstaaten in dem ihnen überwiesenen Reinertrag aus dem Zwischenhandel mit Branntwein Deckung finden, und zweitens eine bezüglich des Höchstbetrages periodischer Festsetzung (alle 5 Jahre) unterworfene Pflicht zur Zahlung von ungedeckten Matrikularbeiträgen, deren Höchstbetrag für das nächste Jahrfünft auf 80 Pfennig auf den Kopf der Bevölkerung vorgesehen ist. — Den Gedanken einer „Veredelung" der Matrikularbeiträge durch Anpassung der den einzelnen Staaten zugeteilten Lasten an die steuerliche Leistungsfähigkeit ihrer Bevölkerung hat man also aufgegeben.

÷ **Erfurt,** 3. Nov. **Massendiebstähle von Gewehrteilen** wurden in der Königl. Gewehrfabrik entdeckt. Bisher wurden zwei Depot-Vizefeldwebel, die Arbeiter und ein ausländischer Agent verhaftet. Weitere Verhaftungen stehen bevor.

□ **Plauen i. V.,** 3. Nov. **Neue Erderschütterungen im Vogtland.** In der Gegend von Brambach, Untersachsenberg, Adorf und Falkenstein ereigneten sich heute wieder heftige Erderschütterungen. Im Brambach wurden von 11 Uhr vormittags bis 2½ Uhr nachmittags etwa 60 Erdbebenstöße, die von fast ununterbrochenem donnerähnlichen Rollen begleitet waren, gezählt. In Falkenstein waren zwei Stöße so stark, daß viele Gegenstände sich bewegten, Türen zuschlugen und Fenster klirrten, sowie eine Kirchhofsmauer einstürzte.

‡ **Dresden,** 3. Nov. Die freisinnige Fraktion der **zweiten Kammer** unterbreitete heute der Staatsregierung eine **Interpellation,** in der es heißt, welche konstitutionellen Bürgschaften die sächsische Regierung den verbündeten Regierungen in Vorschlag zu bringen gedenke, um anstelle einer politischen Unbeständigkeit und Plötzlichkeit eine in diplomatischer Form sich bewegende, den Interessen des deutschen Volkes entsprechende auswärtige Politik durch die verbündeten Regierungen zu gewährleisten.

÷ **Trier,** 3. Nov. **Auf rätselhafte Weise** ist bereits mehrmals ein Infanteriegewehr neuesten Modells an dem Hauptwache-Posten in **Diedenhofen** gestohlen worden. Strenge Untersuchung ist eingeleitet.

" **Konstanz,** 4. Nov. Der **Besuch des Kaisers in Donaueschingen** soll jetzt offiziell für den 7. November angesagt sein. Voraussichtlich wird sich der dortige Aufenthalt bis zum 15. Nov. erstrecken.

○ **Wien,** 3. Nov. Das **Programm der Reise des deutschen Kaisers** lautet: Ankunft am 4. November abends in Süßenbrunn, von da mit Kraftwagen nach Eckardsau. Nach zweitägigem Jagdaufenthalt erfolgt am 6. November nachmittags die Fahrt im Kraftwagen nach Schönbrunn, wo der Kaiser um 6 Uhr ankommt. Abends 7 Uhr ist Tafel in Schönbrunn unter Teilnahme des Erzherzog-Thronfolgers Franz Ferdinand, des deutschen Gesandten v. Tschirschky, des Militärattachees Grafen Kracneck und des Ministers des Aeußern Frhrn. v. Aehrenthal. Nach der Tafel wird Cercle gehalten und danach erfolgt der Besuch des deutschen Kaisers bei Kaiser Franz Joseph in dessen Gemächern. Auf 10 Uhr abends ist die Abreise von Penzing mit einem Hofsonderzug festgesetzt.

○ **Prag,** 2. Nov. Heute nacht wurde in Trebnitz das auf dem Friedhofe befindliche **Grabdenkmal** für die im Jahre 1866 dort **gefallenen preußischen Soldaten** von Tschechen zum zweiten Male **zerstört.** Der heutige Studentenbummel auf dem Graben verlief in voller Ruhe.

lb **Rom,** 3. Nov. Der Papst empfing heute den russischen Gesandten Saronow, der ein **Handschreiben des Kaisers Nikolaus mit Glückwünschen zum Jubiläum des Papstes** überreichte.

÷ **London,** 3. Nov. Der bekannte englische Publizist **Pashford** hat den „Standard" ersucht, mitzuteilen, daß er mit der ganzen Angelegenheit des Kaiserinterviews nichts zu tun habe.

London, 2. Nov. Aus Honkong wird telegraphiert: **Eine organisierte Chinesenbande plünderte** 26 chinesische Warenhäuser, die mit japanischen Waren handelten. Die Polizei wurde aufgeboten. Bei dem darauf folgenden Zusammenstoß wurde der Polizeisuperintendent Badelfy mißhandelt. Sein Assistent Ring, sowie einige Leute von der indischen Polizei wurden verwundet. Ungefähr 250 Personen sind verhaftet worden. Da man weitere Ruhestörungen erwartet und die Aufregung groß ist, so patrouilliert die Polizei durch die Straßen. Die Chinesen hielten heimlich Massenversammlungen ab.

× **Petersburg,** 2. Nov. Die **Reform des Marineministeriums** wird energisch durchgeführt. 14 Admirale, darunter Wirenius und Abasch wurden neuerdings aufgefordert, ihren Abschied einzureichen. Der Generalmajor Flowaisti, der ehemalige Generalkommandeur des Garde-Kosakenregiments wurde wegen Schwindeleien verhaftet.

○ **Petersburg,** 3. Nov. Hier ist allgemein die Ansicht verbreitet, daß der Zar dem Kronprinzen von Serbien die bindende Zusage gegeben habe, **daß Rußland die Einverleibung Bosniens in Oesterreich nicht** anerkennen werde.

÷ **Cettinje,** 4. Nov. Österreich zieht längs der bosnisch-montenegrinischen Grenze **Truppen zusammen und läßt Kanonen auffahren.** Auf den Bergen läßt es Festungen errichten. In Montenegro herrscht darüber große Erregung.

Konstantinopel, 3. Nov. Die **türkisch-bulgarischen Unterhandlungen** sind bereits gestern **wieder aufgenommen** worden. Der englische Botschafter stattete gestern abend dem Großwesier einen Besuch ab.

Die österreichische Flotte einer Gefahr entronnen!

‡ **Budapest,** 4. Nov. **Ein Serbe aus Negotin versuchte gestern abend die vor Semlin ankernden österreichischen Kriegs-Monitore in die Luft zu sprengen. Der Attentäter nahte sich schwimmend den Monitoren, wurde aber vom Wachtposten bemerkt, der Alarm schlug, worauf der Serbe von 4 Matrosen festgenommen wurde. Der Attentäter gestand ein, aus Patriotismus den Versuch zur Zerstörung der Schiffe gemacht zu haben. Die Bombe genügte, um sämtliche bei Semlin ankernden Schiffe zu demolieren.**

Der Sieger Taft.

× **New-York,** 4. Nov. **Die gestrige Präsidentenwahl in den Vereinigten Staaten hat mit dem Siege des Republikaners Taft geendigt. Der Wahlakt vollzog sich im ganzen Lande unter großer Beteiligung; die Wahlenthaltungen waren nur minimal. In New-York wurden die Wahlstellen von Tausenden von Polizisten bewacht. Unter den neuen Identifizierungsbestimmungen ging der Wahlakt nur langsam vor sich. Vormittags wurden 30 Verhaftungen wegen gesetzwidriger Ausübung des Wahlrechtes vorgenommen. Der starke Sieg Tafts in New-York hat überrascht.**

Westfalen — Rheinland.

★ **Dülmen,** 4. November 1908.

Exerzitien. Vom herrlichsten Wetter begünstigt, begannen am 18. Oktober in hiesiger Gemeinde die Exerzitien für die Jungfrauen. Es war ein erhebender Anblick, zu sehen, wie zahlreich sich die Jungfrauen aus Stadt und Land an denselben beteiligten. Mochte auch in der Mitte der Woche das Thermometer eine für diese Jahreszeit empfindliche Kälte anzeigen, die hl. Übungen litten nicht darunter: sowohl die Morgen- als die Abendbetrachtungen waren immer gleich gut besucht. Die Krone des Ganzen bildete die Schlußfeier mit feierlicher Aufnahme in die neugegründete Jungfrauen-Kongregation. Annähernd tausend Jungfrauen stellten sich da unter den besondern Schutz Mariens, um mit ihrer Hülfe und Fürbitte die in den heiligen Exerzitien gefaßten guten Vorsätze ihr ganzes Leben lang treu halten zu können. Nach der Aufnahme wurde noch der päpstliche Segen erteilt und die schöne Feier schloß dann mit dem Liede: Großer Gott wir loben Dich. — Am selben Tage, dem 25. Oktober, begannen auch schon die Exerzitien für die Jünglinge. Diese zeigten, daß sie sich in ihrem Eifer von den Jungfrauen nicht beschämen lassen wollten. Teilweise waren die Betrachtungen so stark besucht, daß nicht alle in den Bänken Platz fanden und während der ganzen acht Tage nahm der Besuch von Mal zu Mal eher zu als ab. Zur Schlußfeier am vorigen Sonntag abend mochten wohl nur ganz wenige Jünglinge der Gemeinde nicht erschienen sein. Die Gewölbe der Kirche erzitterten fast, als alle nach der Schlußbetrachtung mit dröhnender Stimme ihr Taufgelübde erneuerten und das Lied sangen: Fest soll mein Taufbund immer stehn. Ungefähr 300 Jünglinge wurden bei dieser Feier in die Jungesellen-Sodalität neu aufgenommen. Nachdem dann noch der päpstliche Segen erteilt war, wurden auch die Jünglingsexerzitien mit dem Liede: Großer Gott wir loben dich! geschlossen. Mögen die Exerzitien der Gemeinde Dülmen reichen Segen bringen.

÷ **Kath. Kaufm. Verein.** Die diesmonatliche Versammlung am Dienstag abend war recht zahlreich besucht. Nach Verlesung des Protokolls und der Eingänge sprach ein Mitglied über „Zeppelin und sein Werk". Er behandelte den Bau der Zeppelinschen Luftschiffe in ihren Einzelheiten und erntete durch seine Ausführungen lebhaften Beifall. Des weiteren wurde davon Mitteilung gemacht, daß am 8. Dezember das Titularfest stattfindet und bei dieser Gelegenheit der hochw. Herr Pater Joseph Meier aus Hiltrup einen Lichtbildervortrag über die „Südsee" hält. Im Januar wird der Verein ein größeres Winterfest veranstalten. Es bietet der Verein somit allen Kreisen wirklich anregendes und möchten deshalb auch die Eltern und Herren Prinzipale ihre Söhne und Angestellten dazu animieren, dem Kath. Kaufm. Verein sich als Mitglied anzuschließen.

‡ **Kartoffelernte und Saatenstand in der Provinz Westfalen.** Kreis Coesfeld. Kartoffelernte 75 Proz., davon erkrankt 5 Proz. Die Qualität bei Kartoffeln ist gut, namentlich schmackhaft, die Quantität ist gering, besonders bei roten Kartoffeln. Der Roggen ist gesät und gut aufgegangen, dagegen kann der Weizen der Trockenheit wegen zum großen Teil nicht gesät werden. Auf den Lehmböden muß stellenweise die Pflugarbeit der Trockenheit halber eingestellt werden. — Kreis Münster. Kartoffelernte 60 Proz., davon erkrankt 15 Proz. Die Kartoffeln ergeben keine 50 Proz. gesunde, gute Ware. Die Herbstbestellung wird erschwert durch die anhaltende Trockenheit. Die Rüben haben unter den Nachtfrösten schon gelitten.

§ **Industrielles.** Am vergangenen Samstag fand auf der Eisenhütte die diesjährige Hauptversammlung der Aktionäre statt. Die Jahresrechnung für das verflossene Geschäftsjahr wurde einstimmig genehmigt und der Direktion Entlastung erteilt. An Stelle des verstorbenen Herrn Bergwerksdirektors J. Drissen in Recklinghausen wurde Herr Rentner B. Simons in Münster neu in den Aufsichtsrat gewählt. Es wurde eine Verteilung von 3 Proz. Dividende auf das Vorzugs-Aktienkapital beschlossen. An die Arbeiter und Beamte für Löhne und Saläre wurden gezahlt ℳ 346 228,29, an hiesige Unternehmer, Geschäftsleute und Handwerker ℳ 32 401,89, an Wohlfahrtseinrichtungen zu Gunsten der Arbeiter als Beitrag zur Kranken-, Unfall-, Invaliditäts- und Altersversicherung, sowie zur Hütten-Pensionskasse ℳ 12 096,86, ergeben zusammen ℳ 390 727,04. Die Hütte hat im verflossenen Geschäftsjahre häufiger sogenannte Briefbeschwerer von 10—20 000 Kg. Gewicht durch die Straßen der Stadt fahren lassen, das bedeutet für Dülmen Arbeit, Geld und Hebung des Wohlstandes. Freuen wir uns also, wenn wir ab und zu einem solchen Transporte begegnen und seien wir auch nicht ungehalten darüber, wenn ein solch gewichtiger Junge dem Stadtpflaster mal dort, wo es gar zu holperig ist, einen Rippenstoß versetzt. Der Junge selbst hat gewiß keine Schuld daran, es liegt nur an den Kilos.

□ **Schöffensitzung.** In der gestrigen Sitzung des Königlichen Schöffengerichts wurde verhandelt: 1. gegen den Arbeiter Franz Wollanewitz aus Neudorf, angeklagt des Bettelns. Der geständige Angeklagte wurde mit 3 Tagen Haft bestraft unter Anrechnung der Untersuchungshaft. 2. In der Privatklagesache des Sprengstoffarbeiters Theodor J. gegen den Former Jos. K. hierselbst wegen Beleidigung der Ehefrau J. erfolgte Freisprechung. 3. gegen den Ackerer Bernard B. gent. H. und den Schreiner August B. zu Hiddingsel wegen gemeinschaftlicher schwerer Körperverletzung der Bergleute Franz und Wilh. Hertkens zu Bochum. Es erfolgte die Verurteilung des Angeklagten B. zu einer Geldstrafe von 50 ℳ und Freisprechung des Angeklagten B. gnt. H. 4. gegen den Arbeiter Heinr. H. hierselbst wegen Diebstahls von Rotgußstücken zum Nachteil der hiesigen Eisenhütte. Der Angeklagte, welcher nach Verübung der Tat längere Zeit flüchtig gewesen ist, wurde zu einer Gefängnisstrafe von 2 Monaten verurteilt. 5. In der Privatklagesache des Schreiners Franz M. gegen den Schreiner Josef L. wegen Beleidigung erfolgte ein Vergleich dahin, daß der Angeklagte die gegen den Privatkläger ausgesprochenen Schimpfworte mit dem Ausdrucke des Bedauerns zurücknimmt und die gesamten Kosten des Verfahrens trägt. 6. gegen den Maurer Hermann Bevenkamp zu Osterfeld und den Uhrmacher Josef Leiers aus Villerbeck, angeklagt der Gewerbesteuerzuwiderhandlung. Die geständigen Angeklagten wurden dem Antrage der Königl. Amtsanwaltschaft entsprechend zu einer Geldstrafe von je 24 ℳ verurteilt.

lb Einen reichen Wurzelsegen scheint uns dieser Herbst beschert zu haben. Zu dem uns bereits früher vorgezeigten Kolossen gesellen sich heute Exemplare von 2,4 und 2,11 Pfund, welche im Garten des Hrn. Dr. Stallbrod gewachsen sind.

★ Des Diebstahls in zwei Fällen hatte sich der öfter vorbestrafte Zimmermann Heinrich Sch. in Dernekamp schuldig gemacht. Wegen des ersten Falles — er hatte in der Neujahrsnacht einem stark bezechten Hilfsweichensteller auf dem Heimwege das Portemonnaie mit 80 ℳ abgenommen — war er zu 6 Wochen Gefängnis verurteilt worden. Seine hiergegen eingelegte Berufung zog er am Montag vor der Strafkammer in Münster in richtiger Erkenntnis, daß sie ihm doch nichts nützen werde, zurück. Im zweiten Falle hatte er am 20. Juni einem im Wartesaal des hiesigen Bahnhofs eingeschlafenen Bergmann die Uhr stibitzt. Dafür erhielt er von der Strafkammer weitere 4 Monate Gefängnis zudiktiert.

★ **Die Körung der Privatbeschäler** für den Kreis Coesfeld findet am 5. Dezember d. Js., 10,20 Uhr vormittags, in Haltern am Bahnhof statt. Die im Körtermine vorgestellten Hengste müssen vorgeritten und vorgefahren werden.

★ **Die Zahl der im Oberlandesgerichtsbezirke Hamm beschäftigten Referendare** betrug am 1. August d. Js. 856, sie hat sich gegen die des Vorjahres um 67 vermehrt.

H. **Von der Eisenbahn!** Die Königliche Eisenbahndirektion Elberfeld hat neuerdings angeordnet, daß nunmehr die Personenzüge auf folgenden Strecken auch am Tage beleuchtet werden: Hagen-Siegen-Betzdorf, Hagen-Brügge-Dieringhausen, Brügge-Lüdenscheid, Hagen-Löttringhausen-Dortmund, Hagen-V. Wichlinghausen-Düsseldorf, Schwerte-Bestwig, Schwerte-Soest.

★ **Fahrgeschwindigkeit.** Bisher war die Grenze der Fahrgeschwindigkeit der Eisenbahnzüge auf deutschen Bahnen mit 90 Kilometer in der Stunde festgelegt worden. Diese Beschränkung wurde mit Rücksicht auf die Konstruktion der Bahnanlagen und auf die Stärke des Unterbaues als notwendig erachtet. Um alle diesbezüglichen Zweifel zu prüfen, wurden Probefahrten mit erhöhter Schnelligkeit vorgenommen, die den Beweis erbrachten, daß diese Besorgnisse nicht angebracht waren. Auf den Militärbahnen wurden Probefahrten mit der Schnelligkeit von 120 Kilometer in der Stunde vorgenommen, die gut verliefen und keine Gefährdung der Konstruktionsanlagen hervorriefen. Mit Rücksicht darauf wurde die zulässige Geschwindigkeit für Eisenbahnzüge in Deutschland von 90 Kilometer auf 100 Kilometer erhöht. Größere Schnelligkeiten sind nur nach vorheriger Anfrage an die Aufsichtsbehörde zulässig.

★ **Lüdinghausen,** 2. Nov. Nach dem Geschäftsplan für die in der Provinz Westfalen abzuhaltenden Körungen der Privatbeschäler findet die Körung für den Kreis Lüdinghausen am Donnerstag, den 26. November, vormittags 8½ Uhr, am Bahnhofe zu Lüdinghausen statt.

★ **Seppenrade,** 2. Nov. Bestätigt wurde von der Strafkammer Münster als Berufungsinstanz das schöffengerichtliche Urteil, welches den Zimmermann Hch. M. aus Seppenrade wegen Sachbeschädigung in eine Geldstrafe von 75 ℳ nahm. Auch heute traf das Gericht die Feststellung, daß M. am Abend des 14. April d. Js. drei vor der Ruhoffschen Wirtschaft stehende Fahrräder, die drei Gästen gehörten, mit denen M. zuvor am Herdfeuer Wortwechsel gehabt hatte, beschädigt hat dadurch, daß er die Pneumatiks zerschnitt.

★ **Maria-Veen,** 2. Nov. Die Einbrecher sind hier nach längerer Ruhepause wieder an der Arbeit. In der Nacht vom 31. Oktober auf den 1. November wurde in ein Nebengebäude der hiesigen Nervenheilanstalt Bernardshof eingebrochen. Außer einer Anzahl Hühner und Enten wurden auch mehrere fette Kaninchen gestohlen. Mit welcher Unverfrorenheit der Gauner verfahren, geht daraus hervor, daß er die besten Tiere auswählte, sowie auch, daß er zum Zwecke des besseren und gefahrloseren Transportes sie am Tatorte sofort abschlachtete. Der Verdacht fällt auf ein bereits wegen gleicher Verbrechen vorbestraftes Subjekt, das am Samstag mehrfach hier gesehen wurde, und nach dem die hiesigen Polizeiorgane jetzt eifrig fahnden.

★ **Nottuln,** 2. Nov. Die Körung der Privatbeschäler findet für den Kreis Münster am 4. Dezember 1908, vormittags 11,40 Uhr, am Bahnhof zu Havixbeck statt.

★ **Münster,** 4. Nov. Im Befinden des an einer Erkältung erkrankten hochwürdigsten Herrn Weihbischofs Grafen Galen ist leider durch Hinzutreten einer Lungenentzündung, die bereits die beiden Lungenflügel ergriffen hat, eine wesentliche Verschlimmerung eingetreten. Bei dem hohen Alter des Patienten und seiner ohnedies schwachen Gesundheit hegt man ernste Befürchtungen. Gebe Gott, daß diese Befürchtungen nicht zutreffen; in diesem Wunsche und Gebete werden sich alle Diözesanen eins sein.

★ **Appelhülsen,** 2. Nov. Elektrische Beleuchtung in unserem Orte einzuführen, war der Zweck einer heute in der Restauration Hüls hierselbst getätigten Versammlung. Dank den Bemühungen der Herren Menknecht und Schulze-Backmann gelang es, die Anwesenden so für die Angelegenheit zu interessieren, daß sofort 30 hiesige Bürger sich vereinigten, um eine Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht zu gründen und so dem geplanten Unternehmen eine feste Grundlage zu geben. Da auch die königliche Eisenbahnbehörde nicht abgeneigt ist, unter gewissen Voraussetzungen Licht für den hiesigen Bahnhof zu entnehmen, dürfte schon in kurzem mit der Anlage begonnen werden. Hoffentlich gelingt es, mit der Molkereigenossenschaft Appelhülsen ein Abkommen zu treffen zur Hergabe der nötigen Kraft.

★ **Münster,** 2. Nov. Der hochwst. Weihbischof Graf v. Galen ist an den Folgen einer starken Erkältung sehr schwer erkrankt. Bei dem hohen Alter des Patienten flößt sein Zustand Besorgnis ein. Gewiß werden alle Diözesanen des hochwürdigsten Herrn in ihren Gebeten gedenken!

□ **Lippstadt,** 1. Nov. Durch einen würdigen Festakt ist gestern der Tag des 25jährigen Jubiläums der Westfälischen Landeseisenbahn, deren Direktion ihren Sitz hierselbst hat, gefeiert worden. Gleichzeitig feierten ihr 25jähriges Dienstjubiläum Herr Direktor Schonfeld, sowie 7 andere Angestellte der Landeseisenbahn. Nach einem gemeinsamen Abendessen in der Wirtschaft Schulte formierte sich gegen 8 Uhr abends unter Beteiligung sämtlicher dienstabkömmlichen Beamten, Arbeiter und Handwerker ein Fackelzug, der durch die Straßen der Stadt sich zum Direktionsgebäude bewegte. Den Höhepunkt fand die Feier in einem Kommers im Gasthof Aisen, an dem sämtliche Direktionsmitglieder teilnahmen. Es wurde in entsprechender

Weise der 8 Jubilare, besonders des verdienstvollen Direktors, Herrn Schönfeld, gedacht.

‡ **Mülheim-Sichtigvor,** 3. Nov. Nicht wenig Freude herrscht in unseren Gemeinden, daß das Projekt einer gemeinschaftlichen Wasserleitung, das schon längst als dringendes Bedürfnis anerkannt ist, jetzt greifbare Gestalt anzunehmen scheint. Letzte Woche war Herr Landrat Droege in Begleitung eines Regierungsrates hier, um die in Frage kommenden Quellen zu besichtigen. Hoffentlich erhalten wir aus dem sogen. Westfonds bezw. aus Provinzialmitteln eine angemessene Beihülfe zu den Baukosten.

‡ **Velecke,** 3. Nov. Der Wassermangel macht sich auch hier bemerkbar. Die Wasserleitung gibt nur an einigen Tagen der Woche Wasser ab, während man die anderen Tage abstellt, um das Wasser in den Sammelbehältern wieder zusammeln. Die Stadt geht mit dem Gedanken um, noch andere Quellen der Leitung zuzuführen; auch will man, um einer Wasservergeudung vorzubeugen, Wassermesser einbauen.

★ **Bruchhausen** (Krs. Höxter), 3. Nov. Hier hat sich ein freiwilliger Feuerwehr-Verein gebildet, dem sogleich bei der Gründung 40 Mitglieder beigetreten sind.

○ **Soest,** 3. Nov. Mit seinem Rade verunglückt ist auf einer Tour nach Arnsberg Herr Schuhmachermeister Müller von hier. Beim Abfahren eines steilen Abhanges stürzte Herr Müller infolge Versagens der Bremse mit dem Rade die Böschung hinab. Bewußtlos wurde der Verunglückte vom Platze getragen und später ins hiesige Krankenhaus gebracht.

W. **Brilon-Wald,** 3. Nov. Die Vorarbeiten zu der Strecke Brilon-Wald-Corbach werden nun auch hier in Angriff genommen. Weil das Bahnhofsgelände hier sehr schmal ist und zum Eingange der neuen Strecke erbreitert werden muß, soll der Hoppeckefluß ca. 10 Meter tiefer in den Berg nach Süden hin eingegraben werden. Zu diesem Zwecke wird man nächste Woche mit der Abholzung des benötigten Streifens beginnen.

★ **Menden,** 3. Nov. Nach der Personenstandsaufnahme am 15. v. M. zeigte unsere Stadt 10 763 Personen gegen 10 529 im Vorjahre.

‡ **Heggen** bei Attendorn, 3. Nov. Beim Rangieren eines Eisenbahnwagens auf dem Fabrikplatze der Firma Wolf-Metter und Jacobi zu Finnentrop verunglückte der Fabrikarbeiter Schmidt von hier. Sch. kam mit einem Fuße unter den Wagen. Die Verletzung war derart, daß die Ueberführung desselben in das Krankenhaus nach Attendorn notwendig wurde.

× **Iserlohn,** 2. Nov. Auflösung des Nadelsyndikats. Wie wir aus zuverlässiger Quelle hören, ist die Auflösung des vor zwei Jahren unter der Bezeichnung „Deutsche Nadelindustrie" ins Leben gerufenen Syndikats in Aussicht genommen, da hier wie in der Umgebung bereits mehrfach wieder Neugründungen erfolgt sind, die sich außerhalb des Syndikats gestellt haben. Von hiesigen Nadelfabriken sind 11 dem Syndikat angeschlossen. Außerdem waren noch 9 Firmen in Aachen, 2 in Schwabach und 1 in Belgien syndiziert. Am nächsten Samstag soll eine Generalversammlung des Syndikats stattfinden, in der endgültig Beschluß gefaßt werden soll. Vielfach wird gehofft, daß die noch außerhalb des Syndikats stehenden Fabriken bis dahin noch beitreten, wodurch der Weiterbestand des Syndikats allerdings gesichert wäre.

★ **Geldern,** 3. Nov. Ein reicher Bettler. Bei einem hier gestern aufgegriffenen Bettler fand man bei der Durchsuchung seiner Taschen die Summe von 16 000 ℳ teils auf seinem Namen lautenden Sparkassenbüchern, teils in barem Gelde bestehend.

Vermischtes.

÷ **Hamburg,** 3. Nov. Der durch einen Polizeihund gestellte Knecht Hütscher in Tremsbüttel gestand ein, den Handelsmann Walther ermordet zu haben.

÷ **Liegnitz,** 3. Nov. Die 39jährige Gattin des Frauenarztes Dr. Schmitz begoß sich mit Petroleum und zündete sich an. Sie starb nach qualvollem Leiden.

□ **Leipzig,** 3. Nov. In dem bereits seit acht Tagen andauernden Schwurgerichtsprozeß gegen die Wirtschafterin Minna Döll wegen Ermordung des Händlers Gieseler hat die Angeklagte nunmehr ein umfassendes Geständnis abgelegt. Der wegen Anstiftung mitangeklagte Buchdrucker Schmidt stellt seine Mitschuld nach wie vor auf das bestimmteste in Abrede.

Leipzig, 2. Nov. Der 61jährige Buchdrucker-Invalide Friedrich und seine 60jährige Ehefrau wurden heute nachmittag in ihrer Wohnung, Windmühlenstraße, tot aufgefunden. Es liegt Raubmord vor. Alle Behältnisse der Wohnung wurden geöffnet und auf Wertgegenstände durchwühlt vorgefunden. Die Ermordeten sind am heutigen Vormittage noch lebend gesehen worden. Von den Mördern fehlt bislang jede Spur.

‡ **Hanau,** 2. Nov. Heute vormittag erschoß sich in der Kaserne der Feldwebel Günther der 8. Kompagnie des 65. Infanterieregiments. Der Grund ist unbekannt.

b **Wiesbaden,** 2. Nov. Schweres Automobilunglück. Auf der Chaussee von Wiesbaden nach Frankfurt in der Nähe von Erbenheim lief ein Automobil gegen die Brüstung einer Chausseebrücke. Dem Wormser Lederfabrikanten Reinhardt, dem Besitzer des Automobils, wurde der Brustkorb eingedrückt. Ein anderer Herr namens Trumpler aus Worms wurde schwer verletzt. Zwei Wiesbadener Damen waren sofort tot. Der Chauffeur erlitt einen Armbruch.

St. Goarshausen, 1. Nov. Gestern nachmittag gegen 5 Uhr wurden im Loreley-Tunnel bei St. Goarshausen von dem D-Zuge vier Rottenarbeiter überfahren und getötet.

‡ **Kolmar,** 3. Nov. Eisenbahnunfall. Gestern früh 1½ Uhr stieß ein Güterzug auf einen zur Abfahrt bereitstehenden, von dem drei Wagen zertrümmert wurden. Von dem einfahrenden Zuge sind der Packwagen, sowie sieben Güterwagen zertrümmert worden. Der Zugführer des einfahrenden Zuges wurde schwer verletzt.

p. **Interessante Schießversuche vom Luftballon aus.** Am Samstag Vormittag hat das Berliner Luftschifferbataillon auf dem Tegeler Platz interessante Schießversuche aus einem Drachenballon gemacht, indem aus der Gondel des „Ballons Handgranaten, die zwar ungeladen, aber mit automatischer Zündung versehen waren, auf die Erde niedergeworfen wurden. In der Gondel befand sich ein Offizier, der, nachdem der Platz abgesperrt war, nacheinander zwei Granaten, die mit Fähnchen versehen warden, nach einem bestimmten Ziel warf, wo sie mit leichtem Knall aufschlugen. Der Ballon, der zunächst nur eine Höhe von 100 Metern hatte, stieg darauf bis zu 250 Meter, von wo aus wiederum zwei Granaten zur Erde niedergeschleudert wurden. Die Versuche sollen demnächst auch von lenkbaren Ballons aus unternommen und dann mit geladenen Granaten fortgesetzt werden.

rh. **Eine ehrliche Meinung.** Das rumänische Königspaar erfreut sich bei seinen Untertanen außerordentlicher Beliebtheit. Der König besitzt keinerlei Prätensionen und pflegt sich mit Vorliebe inmitten seines Volkes zu bewegen. Ganz unzeremoniell mischt er sich unter die Promenierenden, benutzt die Straßenbahnen, kurzum, er geriert sich wie ein gewöhnlicher Sterblicher. Gleich ihrem Gemahl hört auch die Königin gern, wie die Leute über sie denken. Von dem Wunsche beseelt, die volle, ungeschminkte Wahrheit zu hören, ging sie einstmals zu einem französischen Gesanglehrer, um dessen Meinung über ihre Stimme zu vernehmen, die bei Hofe natürlich über Gebühr gerühmt und mit der der Patti verglichen worden war. Ahnungslos, daß er eine Königin vor sich habe, ließ der Gesanglehrer sich etwas vorsingen und erklärte alsdann ruhig: „Sie haben zwar Gefühl und musikalisches Verständnis, Madame, doch keine Stimme. Bei der Operette hätten Sie vielleicht reüssieren können; doch — ehrlich gestanden — ist Ihr Gesicht nicht dazu angetan."

Industrie, Handel und Verkehr.

Der gestrige Vieh- und Pfermarkt erfreute sich eines sehr guten Besuches. Auf dem Pferdemarkt war der Handel still während auf dem Rindviehmarkt Rinder bei mittleren Preisen besseren Absatz fanden. Der Handel in Schweinen war anfänglich flott, gegen Schluß des Marktes flaute die Kauflust ab; besonders gesucht und gut bezahlt wurden Faselschweine im Alter von 12—18 Wochen. Es kosteten Kühe: 1. 300—390 ℳ, 2. 225—295 ℳ, Rinder 1. 225—255 ℳ, 2. 150—200 ℳ, tragende Mutterschweine 76—110 ℳ, Faselschweine 22—36 ℳ, Ferkel pro Alterswoche 1,35—1,85, Arbeitspferde 600—850 ℳ, 2. 400—600 ℳ, junge Pferde 300—450 ℳ. Aufgetrieben waren 27 Pferde, 172 Stück Rindvieh und 688 Schweine. — Der nächste Viehmarkt findet nicht, wie angesetzt, am 1. Dezember, sondern wegen der an diesem Tage stattfindenden Viehzählung am Donnerstag, den 3. Dezember, statt.

Wetteraussichten.

4. Nov. Schönes Wetter, meist heiter, früh Nebel, Nachtfröste.
5. Nov. Meist heiter, rauher Wind, kühler.
6. Nov. Teils heiter, teils neblig, rauher Wind.
7. Nov. Morgens Nebel, dann wolkig mit Sonnenschein, normal, Nachtfrost.



KARMELITERGEIST „AMOL"
Idealstes Hausmittel
à Flasche 60 Pfg. und 1 Mark.
Erhältlich in allen Apotheken und Drogerien.

Bei fieberhaften Krankheiten: Influenza, Pneumonie ꝛc. bietet „Kufeke" als gesundheitsgemäße Nahrung eine wirksame Unterstützung der Fieberdiät, da es leicht verdaulich ist, kräftig ernährend wirkt und durch seinen Gehalt an Mineralstoffen auch den Appetit anregt.

Die Zahl derer, die an rheumatischen Schmerzen, Gicht, Hexenschuß, Ischias ꝛc. leiden, ist Legion und wissen wohl die wenigsten, wie sie in wirksamer Weise nicht nur vorübergehend von den Schmerzen, sondern auch gänzlich geheilt werden können. Gerade für die genannten Leiden, die naturgemäß auf das Gemüt deprimierend wirken, werden viele in der Regel teure und nach Gebrauch sich doch meistens als wirkungslos erweisende Mittel angeboten und wie der Ertrinkende nach dem Halme, greift der Leidende nach jedem Mittel, um nichts unversucht zu lassen und schließlich doch immer wieder enttäuscht zu werden. Den vielen Tausenden an Gliederreißen, Rheumatismus ꝛc. Leidenden bietet sich nun Aussicht auf Heilung und Befreiung von ihren Schmerzen, indem sie den heilkräftigen „Karmelitergeist Amol und Amolwatte" verwenden, die in Apotheken und Drogenhandlungen zu haben sind. Dieselben helfen ausgezeichnet und ist die Wirksamkeit allseitig von hervorragenden Leibärzten, außer anderen auch von dem bekannten Leibarzt Sr. Heiligkeit des Papstes, Pius X., Professor Dr. Giuseppe Petacci mit bestem Erfolg erprobt und begutachtet worden. Außerdem liegen zahlreiche andere Anerkennungen von Autoritäten vor, gewiß ein glänzender Beweis für die Güte des Amol, das in keiner Familie als Familienhausmittel fehlen sollte.

Der beste Beweis *für die Güte von Kathreiners Malzkaffee sind die vielen Nachahmungen.*

Alte
Ludgerus-Statue
zu kaufen gesucht.
Gefl. Angebote unter M. T. 955 an das Zentral-Zeitgs.-Bureau, Münster i. W.

Wer hilft mir?
So fragt mancher, der sich in Geldverlegenheit befind. u geht **Darlehns-Schwindlern** i. Garn, die ihn um 10—30 M. Auskunft-Gebühr prellen. reell u. verschwieg. ohne Auskunft zum Ziel kommen will, wende sich vertrauensvoll an mich, füge sein. Briefe 25 Pfg. für Briefp. u. Schreibausl.g. bei, worauf umgehd. in unauffäll., verschlossenen Briefe antworte.
H. R. Thom, Delitzsch.

Flechtenkranke
trockene, nasse Schuppenflechten und das so unerträgliche **„Hautjucken"** heile unter Garantie (ohne Berufsstörung) selbst denen, die nirgends Heilung fanden, nach langjährig praktischer Erfahrung. Auf das Herstellungsverfahren wurde mir **Deutsches Reichspatent** Nr. 136323 erteilt. **R. Groppler, St. Marien-Drogerie, Charlottenburg,** Kantstraße 97.

Für Zahnkranke!
Sprechstunden jeden **Mittwoch** von **10—4 Uhr** im Hause des Herrn **Büsse,** Marktstraße.
Einsetzung v. künstl. Gebissen etc.
— Schonendste Behandlung. —
Ohlenburg.

Jeden Donnerstag und Freitag frische
Fische
Bratschellfisch ganz billig.
Versand nach auswärts.
F. Fölling.

2 frdl. möblierte
Zimmer
mit Frühstück sofort zu mieten gesucht. Offerten unter Nr. 1005 an die Expedition d. Ztg.

Auf sofort oder später ein junger
Metzgergeselle
gesucht.
Wilh. Mengede,
Bottrop, Gladbeckerstraße 20.
Telephon Nr. 348.

Erklärung.

Wir bringen hiermit zur Kenntnis, dass die von Herrn Direktor Johannes Surmann, dem Leiter der Kaffee-Handels-Aktien-Gesellschaft in Bremen, gegen uns veröffentlichte Broschüre von der Königlichen Staatsanwaltschaft in Berlin beschlagnahmt worden ist.

Jeder, der diese Broschüre verbreitet, oder zu ihrer Verbreitung beiträgt, macht sich strafbar.

Wegen des Inhalts der Broschüre sind sowohl von uns als auch von Herrn Kommerzienrat Aust persönlich strafgerichtliche Schritte eingeleitet.

München-Berlin, im November 1908.

Kathreiners Malzkaffee-Fabriken
Gesellschaft mit beschränkter Haftung

Wild-Legitimationsscheine
zu haben in der
J. Horstmann'schen Buchhandl.
Dülmen i. W.

Stadtverordnetenwahl der 3. Abteilung.

In der am **1. November** abgehaltenen **Wählerversammlung** sind als Kandidaten für die am **7. ds. Mts.** stattfindende Ergänzungswahl aufgestellt: die Herren

Auktionator Heinrich Bödiger
Schlosser Anton Kopperschmidt.

Der Vorstand des Bürgervereins. **Der Vorstand des Arbeitervertreter-Vereins.**

Bekanntmachung
betreffend Wandergewerbescheine für 1909.

Die für das Kalenderjahr 1909 gewünschten Wander- (Hausier-) Gewerbescheine müssen bis zum 15. November d. Js. beantragt werden. Gleichzeitig wird ersucht, die für 1909 gewünschten Gewerbelegitimationskarten (für Handlungsreisende pp.) möglichst bis zum 15. Dezember d. Js. hier zu beantragen.

Dülmen, den 27. Okt. 1908.
Der Bürgermeister:
Lehbrink.

Bekanntmachung.

Die Körung der **Privatbeschäler** für den Kreis **Coesfeld** findet am **3. Dezember d. Js. 10½ Uhr** vormittags in **Haltern** am Bahnhof statt.

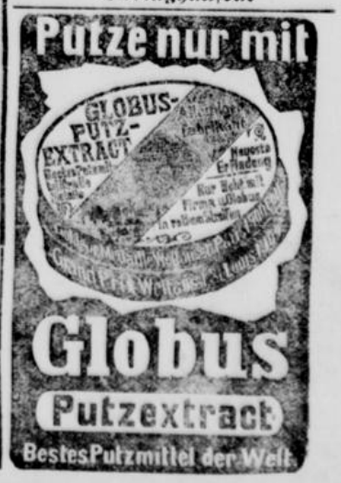
Die im Körtermine vorgestellten Hengste müssen vorgeritten und vorgefahren werden.

Coesfeld, den 29. Oktober 1908
Der Landrat.
gez. Frh. v. Fürstenberg.

Ein Schreinergeselle
auf dauernde Arbeit gesucht
Anton Brockmann,
Boy bei Bottrop.

Für Martini ein zuverlässiger katholischer
Knecht
zu 2 Pferden gesucht.
Josef Althoff,
— **Balve,** Krs. Arnsberg —

Für Haus- u. Gartenarbeit suche z. 1. April ein jung. **Mädchen** bei Familien-Anschl. Frau **Aug. Ter Lündinghausen.**



Unerreicht billige **Pelz-Colliers** (Ia. Kürschnerware)

Nur moderne Formen. **Umtausch wird gern gestattet.**

Nerz, Zobel, Seefuchs, Jltis, Dachs, Nutria, Schuppen, Marder, Persianer, Griesfuchs in grösster Auswahl.

Echt Skunkscollier ca. 165 cm lang mit 4 echten Schweifen **18.50 M**

Echt Skunkscollier ca. 175 cm lang mit 4 echten Schweifen **24.50 M**

Echt Skunkscollier ca. 185 cm lang mit 4 echten Schweifen **31.50 M**

Echt Skunkscollier ca. 195 cm lang, mit 4 echten Schweifen, beliebte Form **38.50 M**

Echt Skunkscollier ca. 210 cm lang, grosse breite Form, mit echten Schweifen **42.50 M**

Tibetcolliers schwarz und weiss, grosse Formen **4.75 M** bis 23.— M

Moufloncolliers in allen Farben, Ia. Qualität **4.50 M** bis 17.50 M

Jltiscolliers breite beliebte Formen, mit echten Schweifen **14.75 M** bis 44.— M

Canincolliers grosse Formen, Ia. franz. Qual. **2.75 M** bis 24.— M

Reparaturen an allen Arten von **Pelzwaen** prompt und billig in eigener Werkstatt.

Meine Preise für Skunks sind ohne jede Konkurrenz.

Markt 5. **August Jürgensmeier, Dülmen** Markt 5.

Reich sortiertes Lager in Hüten, Mützen, Schirmen, Wäsche, Krawatten etc. etc.

Bekanntmachung.

Die diesjährigen Wahlen der Stadtverordneten finden in Gemäßheit der §§ 21 ff. der Städte-Ordnung für die Provinz Westfalen vom 19. März 1856 am

Samstag, den 7. November d. Jhs. im Stadtverordneten-Sitzungszimmer des Rathauses hier

statt:

1. für die Wähler der III. Abteilung in der Zeit von 9 Uhr Vormittags bis 1 Uhr Nachmittags,
2. für die Wähler der II. Abteilung in der Zeit von 3 bis 4 Uhr Nachmittags,
3. für die Wähler der I. Abteilung Nachmittags von 4½ bis 5 Uhr.

Die Wahlhandlung wird jedesmal pünktlich geschlossen und werden alsdann außer den bereits im Wahllokale Anwesenden keine Wähler mehr zur Stimmabgabe zugelassen.

Sollte eine engerere Wahl notwendig sein, so wird hierfür ein besonderer Wahltermin anberaumt.

Als Stadtverordnete scheiden mit dem Schlusse dieses Jahres aus infolge Ablaufs der Wahlperiode:

In der **III. Abteilung**, die Herren Wirt Jos. Fölling und Kaufmann Karl Holthöwer,

in der **II. Abteilung** die Herren Brennereibesitzer Berd. Löhning und Kaufmann Jos. Schmitz,

in der **I. Abteilung** die Herren Buchhändler Bernard Horstmann und Direktor Joh. Trill.

Außerdem hat in der **I. Abteilung** eine Ersatzwahl stattzufinden für den Stadtverordneten prakt. Arzt Herrn Dr. med. Heinrich Schwarz, gewählt pro 1905/1910, welcher sein Mandat niedergelegt hat.

Die stimmberechtigten Bürger hiesiger Stadt werden zu diesen Wahlen hiermit eingeladen und davon in Kenntnis gesetzt, daß die 1. Abteilung mit dem Betrage an direkten Staats- und Gemeindesteuern von 1526,27 Mk. und die 2. Abteilung mit dem Betrage von 194,20 Mk. abschließt.

Zur Teilnahme an den Wahlen sind nur diejenigen **selbstständigen** Eingesessenen preußischer Staatsangehörigkeit berechtigt, welche das 24. Lebensjahr vollendet, während des letzten Jahres keine Armenunterstützung empfangen haben, seit einem Jahre hier wohnen und entweder

a) ein Wohnhaus hierselbst besitzen, oder
b) ein stehendes Gewerbe selbständig als Haupterwerbsquelle betreiben, oder
c) zur Einkommensteuer, oder mit dem fingierten Steuersatze von 4 Mk. veranlagt sind.

Dülmen, den 17. Oktober 1908.

Der Magistrat:
Lehbrink.

Oeffentl. Bekanntmachung.

Der in der Teilungssache der Mitwicker Mark — M 59 — durch unseren Beschluß vom 6. August 1891 zum besonderen Vertreter der Interessenten-Gesamtheit Dritten gegenüber sowie zum Verwalter der durch den am 25. Juli 1844 bestätigten Rezeß begründeten gemeinschaftlichen Angelegenheiten bestellte Rendant Lüffe in Dülmen hat dieses Amt niedergelegt. An seiner Stelle soll die Vertretung und Verwaltung dem Rendanten der Herzoglich von Croy'schen Verwaltung August Krenz in Dülmen übertragen werden.

Die gemeinschaftlichen Angelegenheiten sind in dem erwähnten Rezeß im § 19 und in den §§ 31, 33 und 34 der Teilungs-Instruktion zur Spezialvermessung aufgeführt und liegen in den Gemeinden Dülmen-Stadt und Dülmen-Kirchspiel.

Es wird dies gemäß §§ 3 und 9 des Gesetzes vom 2. April 1887 mit der Aufforderung bekannt gemacht, etwaige Einsprüche binnen 1 Monat bei uns anzubringen.

Münster i. W., den 21. Oktober 1908.

Königliche Generalkommission:
Ascher.

Vorstehende Bekanntmachung wird hiermit zur öffentlichen Kenntnis gebracht.

Dülmen, den 28. Oktober 1908.

Der Bürgermeister: Lehbrink.

Düten u. Beutel

in grosser Auswahl vorrätig in der

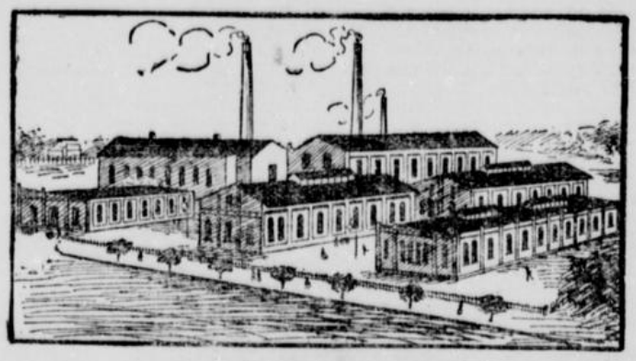
J. Horstmann'schen Buchhandlung.

haben Sie beim **Sammeln** der **Gutscheine** von

Grossen Vorteil

Unübertroffene Qualitäten!

Grossstadtseife, Salmiak-Terpentin-Kernseife und Seifenpulver
mit dem Schmied
ges. gesch.
Fr. Schmidt, Seifenfabrik, Gelsenkirchen.



Rose & Co., Dortmund

Möbelfabrik

Fabrikanlage: Hohestrasse 128/130, Verkaufshäuser: Westenhellweg 57, 59, 61, 63

Ausstellung kompl. Wohnungs-Einrichtungen
Lieferung vollständiger Braut-Ausstattungen
in allen Preislagen von 1500 Mark an.

Uebernahme besserer Bauarbeiten, Innenausbau von Villen, Geschäftshäusern usw. usw.

Eigene Zeichen-Ateliers
Eigene Polster- und Dekorations-Werkstätten.

Von der Reise zurück!
Dr. Davids,
Augenarzt,
Münster i. W. Salzstr. 52.

Ziehung 16.-18. November.
Strassburger Geld-Lotterie
6589 Geldgewinne von Mark
Hauptgewinne Mark: **200000 75000 30000 10000**
Lose à 3.30 M., Porto u. Liste 30 Pf. extra, versendet auch unter Nachnahme
Carl Heintze,
Berlin W, Unter den Linden 3.

Jeder vorwärtsstrebende Geschäftsmann weiß den Wert der **„Dülmener Zeitung"** als wirksamstes Insertionsorgan zu schätzen und bedient sich daher derselben zu seinen Ankündigungen.

1 kleiner **Gasofen** billig abzugeben. Von wem, zu erfragen in der Expedition ds. Bl.

Neu! „De Kiepenkerl" Neu!
Westfälischer Volkskalender für 1909.
Preis 50 Pfg.
Herausgeber: Augustin Wibbelt. Mehrere Mitarbeiter: Johanna Baltz, Arnsberg. Ludwig Schröder, Iserlohn. W. Lennemann, Iserlohn. Karl Prümer, Münster. Hermann Wette, Köln usw.
Vorrätig in der
J. Horstmann'schen Buchhandlung,
Dülmen i. Westf.



Dr. Oetker's Vanillinzucker
das beste Gewürz
für Milch und Mehlspeisen, Flammeris, Puddings, Vanille-Milchsaucen, Schlagsahne, Eis, Cacao, Kuchen, Torten und sonstiges Backwerk.
Dr. Oetker's Vanillinzucker
ersetzt die teuren Vanilleschoten vollständig und ist ausgezeichnet durch seine Billigkeit und Ausgiebigkeit.
Man verlange ausdrücklich **Dr. Oetker's** Vanillinzucker in den Geschäften, welche **Dr. Oetker's Backpulver** führen.
Ein Päckchen kostet **nur 10 Pfennig** und entspricht 2—3 Schoten guter Vanille.



Ad. Sumser, Münster i. W.
Spezial-Werkstätte für Orthopädie
Ludgeristrasse 82/83 ∽ Fernsprech. 286
empfiehlt sich zur Anfertigung von
künstlichen Gliedern, Armen und Beinen. Apparate und Korsetts für Rückgrats-Verkrümmungen etc. Leibbinden für Hängeleib und schwachen Unterleib nach dem Wochenbett etc. Bruchbänder für jed. Bruch.
Sämtliche Artikel f. Krankenpflege

Für die Hungersnot in Indien

gingen an milden Gaben ferner bei uns ein: aus Dülmen 4,15 Mk. und 1,50 Mk., aus Dernekamp 4 Mk. früher 268,70 Mk., zusammen 278,35 Mk.

Weitere Gaben werden gern in der Geschäftsstelle d. Ztg. zur Weiterbeförderung entgegengenommen.

Purifax-Seifenpulver,
bestes, billigstes und bequemstes
Bleich- und Reinigungsmittel.

Nr. 133. — 35. Jahrgang.

Dülmener Zeitung.

Dülmener Anzeiger — Dülmen-Halterner Volkszeitung

mit der Sonntags-Beilage Liboriusblatt.

Donnerstag, 5. Novbr. 1908.

Bezugspreis: Durch die Boten zugestellt 1,20 Mk. vierteljährlich, von der Expedition abgeholt 1 Mk.

Anzeigen werden mit 15 Pfg. für die einfache Petitzeile oder deren Raum berechnet. Bei Wiederholungen und größeren Aufträgen entsprechender Rabatt.

Reklamen kosten in Textspaltenbreite 50 Pfg. die Zeile.

Beilagegebühr: 5 Mk. das Tausend.

Anzeigen-Annahme bis Montag, Mittwoch und Freitag mittag für die jeweils fällige Nummer.

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstags, Donnerstags und Samstags.

Expedition: J. Horstmann'sche Buchhdlg. Marktstraße 11. — Fernruf 29.

Verlag der Dülmener Zeitung, G. m. b. H., Dülmen.

Druck von Breer & Thiemann, Hamm.

Verantwortlicher Redakteur: für den lokalen Teil, Anzeigen u. Reklamen B. Horstmann in Dülmen; für Politik, Feuilleton und Allgemeines A. Gockel in Hamm.

Zweites Blatt.

Die Wirren in Deutschland.

Der Bankerott der deutschen Diplomatie.

Fürst Bülow hat sein Entlassungsgesuch eingereicht, der Kaiser hat es abgelehnt. Ist auf diesem nicht mehr ungewöhnlichen Wege der Zwischenfall abgetan? Kann es nun weiter gehen im alten Geleise? Wir glauben nicht; denn durch die jüngsten Enthüllungen über die Geschichte der sogenannten Kaiser-Interviews ist die Geschäftsführung des Fürsten Bülow und seiner Gehilfen heillos bloßgestellt worden. Eine so verhängnisvolle Häufung von Nachlässigkeit, Unfähigkeit und Unklarheit muß das Vertrauen des Inlandes und auch den Respekt des Auslandes bis auf den letzten Rest zerstören. In dem dunklen Bilde, das uns soeben enthüllt worden ist, gibt es nur einen lichten Punkt: es ist festgestellt, daß der Kaiser nicht ohne weiteres die Veröffentlichung des fraglichen Artikels genehmigte, sondern den Entwurf, der ihm von dem englischen Privatmann vorgelegt war, erst an den Reichskanzler zur Prüfung und Berichterstattung gesandt hat. In diesem Falle ist also die verantwortliche Stelle nicht übergangen worden, aber sie hat versagt. Versagt, weil der Reichskanzler das ihm vom Kaiser übersandte Manuskript **nicht gelesen** und weil die nachgeordneten Beamten dessen Bedeutung **nicht verstanden** haben. Das klingt unglaublich, wird aber vom Fürsten Bülow selbst zugegeben. Fürst Bülow war damals in **Norderney.** Wir gönnen ihm die reichlichsten Ferien und seinen Mitarbeitern auch. Aber für den Fortgang der Geschäfte muß gesorgt werden. Entweder hat der Kanzler auch in Norderney die laufenden Sachen regelrecht zu bearbeiten, oder er muß für einen geeigneten Stellvertreter in Berlin sorgen. Wenn er zu der gleichen Zeit den Staatssekretär von Schön nach Berchtesgaden beurlaubte, so hatte er selbst die Fäden in der Hand zu behalten. Seine Preßleute sagen nun: Das Manuskript sei schwer leserlich gewesen, und Fürst Bülow habe es nicht für besonders wichtig gehalten, da in dem Begleitschreiben des beim Kaiser weilenden Gesandten Frhrn. v. Reinsch nur von einem „Artikel" gesprochen worden sei, nicht von einem Interview. Sonderbar! Wenn ein Engländer nur einen gewöhnlichen Artikel über die deutsch-englischen Beziehungen schreiben will, so behelligt er doch nicht erst den Deutschen Kaiser. Wird für so ein Manuskript die Genehmigung des Kaisers nachgesucht und vom Kaiser die Sache dem Reichskanzler zum Bericht überwiesen, so drängt sich doch jedem vernünftigen Menschen die Vermutung auf, da werde die Person des Kaisers ins Treffen geführt. Die Wichtigkeit der Sache sprang also in die Augen. Nur um 10 Minuten brauchte Fürst Bülow seinen Spazierritt zu verkürzen; dann hätte er das verhängnisvolle Schriftstück lesen oder sich vorlesen lassen können. Wenigstens hätte er doch gleich seinem Vortragenden Rat sagen sollen: Lesen Sie doch mal, was der zudringliche Engländer eigentlich will! Aber das Aktenstück wurde kurzerhand an das Auswärtige Amt geschickt, obschon man wußte, daß dieses Amt zur Zeit verwaist war. Dort ist es nun von einem bisher nicht genannten Beamten wirklich gelesen worden. Der Beamte hat aber nichts auszusetzen gefunden. Ist es denkbar, daß im Auswärtigen Amte einer angestellt ist, der die Unzweckmäßigkeit und Gefährlichkeit dieser Veröffentlichung nicht erkennen konnte? Oder hat der Beamte sich vielleicht gesagt: Der Chef hat ja die Sache in der Hand gehabt und wird die Zweckmäßigkeit des Ganzen selbst erwogen haben; ich soll offenbar nur die Korrektheit der tatsächlichen Angaben nach unseren Akten prüfen. Warum soll ich noch ein übriges tun und mir an einer Sendung vom Hofe die Finger verbrennen?

Also vom Auswärtigen Amt kommt die Sache ohne Beanstandung zurück. Wohin zurück? In dem halbamtlichen Artikel der „Nordd. Allg. Ztg." war das verschwiegen. Die anderen Offiziösen gestehen aber zu, daß die Sache erst wieder nach Norderney, zum Fürsten Bülow, gegangen ist, und daß Fürst Bülow **auch dann noch** das Aktenstück **ungelesen** gelassen hat. Er unterzeichnete die Zustimmung zur Veröffentlichung ohne eigene Prüfung. Der Vortragende Rat, heißt es, habe ihn nicht auf die Wichtigkeit aufmerksam gemacht. Als ob man ihm erst sagen müßte, daß eine anerkannte Verlautbarung über die Stellung des Kaisers zu England eine lesenswerte Sache sei! Welch' eine Wirtschaft! Man weiß nicht, was man mehr bewundern soll: die **Leichtfertigkeit** in der Erledigung von Anfragen aus dem Kaiserlichen Kabinett, oder den **Mangel an Verständnis** und **die Scheu vor kritischen Bemerkungen zu einer** Hofsache!

Nun erfolgt die Veröffentlichung, und der Skandal in der Presse der Welt bricht aus. Jetzt liest auch Fürst Bülow den „Artikel". Einige Tage stehen die Offiziösen verlassen und ratlos da. Fürst Bülow macht einen Bericht an den Kaiser; er gesteht, daß er den Artikel vorher nicht gelesen, andernfalls er die Veröffentlichung widerraten haben würde; er fügt sein Abschiedsgesuch bei mit der Erklärung: er betrachte sich als für den Vorgang allein verantwortlich und decke die ihm unterstellten Beamten. — Was heißt hier „decken"? Soweit die Beamten sich als unfähig für politisches Verständnis oder als feige erwiesen haben, müssen sie von den gefährlichen Posten entfernt werden. Die Verantwortlichkeit trägt allerdings Fürst Bülow, aber es ist diesmal nicht bloß die gewöhnliche **formelle** Verantwortlichkeit für eine politische Handlung, über deren Zweckmäßigkeit sich allenfalls streiten läßt, sondern die volle persönliche Haftung für eine höchst **mangelhafte** Geschäftsführung und für den **unbestreitbaren großen Schaden,** der dadurch angerichtet worden ist. Dafür haftet Fürst Bülow nicht bloß vor dem Reichstage, sondern vor der ganzen Welt mit seinem Ansehen und mit seiner **Fähigkeit zu weiterem ersprießlichen Wirken.**

Wenn **wir** dem Fürsten Bülow kritisch gegenübertreten, so sagt man gewöhnlich, wir wollten dem Blockkanzler und der Blockpolitik ein Bein stellen. In Wirklichkeit haben wir vom Standpunkte der **inneren Politik** augenblicklich **kein Interesse** an einem Kanzlerwechsel. Am wenigsten vor Erledigung der Finanzreform. Es handelt sich hier um höhere Interessen. Man muß die Sache beim rechten Namen nennen: eine heillose Bloßstellung.

= **Berlin,** 2. Nov. **Auf der französischen Botschaft herrscht fieberhafte Tätigkeit. Ein Spezialkurier wird heute abend ½10 Uhr mit wichtigen Depeschen des Botschafters nach Paris reisen.**

= **Berlin,** 2. Nov. **Der Schuldige.** Wie die „B. Z. am Mittag" aus guter Quelle erfährt, ist derjenige Beamte, der das englische Manuskript des Kaiserinterviews zur Beurteilung erhielt und nichts Bedenkliches darin fand, der **Legationsrat Esternaux,** der in der Presseabteilung des Auswärtigen Amtes als ständiger Hilfsarbeiter zu der fraglichen Zeit den beurlaubten Chef und Vortragenden Rat Geheimrat Dr. Hamann vertrat. Auch Staatssekretär von Schön war nicht in Berlin anwesend. Die Amtsgeschäfte wurden vom Unterstaatssekretär Stemrich erledigt, der die begutachtende Aeußerung Esternaux' an den Reichskanzler weitergab.

Berlin, 3. Nov. Der Wochenschrift „Handel und Industrie" wird aus London geschrieben, dort werde versichert, **Kaiser Wilhelm** habe den Inhalt des sogen. Interview **selbst verfaßt** und der repräsentative Pseudo-ancien diplomat sei nur der **Mittelsmann** gewesen, der auf allerhöchsten Wunsch den Artikel aus kaiserlicher Feder in die Spalten des „Daily Telegraph" lancierte.

○ **Berlin,** 2. Nov. Die „Nordd. Allg. Ztg." schreibt: Der **Staatssekretär von Schoen** ist am Samstag während der Verhandlung der internationalen Konferenz über das Urheberrecht von einem Unwohlsein befallen worden, das ihn einige Wochen den Amtsgeschäften fernhalten wird. Bis zu seiner Genesung ist der kaiserliche Gesandte in Bukarest, Wirklicher Geheimer Rat **von Kiderlen-Wächter,** mit der Leitung des Auswärtigen Amts betraut worden.

Paris, 3. Nov. Wenn auch in der Presse über das Kaiserinterview allmählich Schweigen eingetreten ist, kann man doch feststellen, daß der Eindruck der von der „Nordd. Allg. Ztg." gegebenen Erklärung in deutschen Kreisen ein **geradezu niederschmetternder** ist. Eine hervorragende Persönlichkeit verglich den Eindruck mit demjenigen nach einer **verlorenen Schlacht.** Allgemein wird bedauert, daß der Kaiser sich zu einem solchen journalistischen Experimente herbeigelassen hat. Nur die einmütige Haltung der deutschen Presse in der Affäre vermag die Stimmung etwas zu heben.

§ **Paris,** 3. Nov. Der „Newyork Herald" meldet aus **Tokio: Die deutschen Kreise in Japan** sind sehr ungehalten über die Veröffentlichung des Kaiserinterviews. Die deutschen Kaufleute befürchten, daß alle Bemühungen auf Besserung der deutsch-japanischen Handelsbeziehungen dadurch erfolglos geworden sind. Die Aeußerungen der japanischen Presse zeigen, daß diese Befürchtungen nicht unbegründet sind. Alle Zeitungen betonen die Notwendigkeit, die Warnungen, welche in dem Artikel des „Daily Telegraph" enthalten sind, zu beherzigen und auf der Hut zu sein.

× **Paris,** 2. Nov. **Immer wieder etwas Neues!** Matin berichtet, daß der frühere Minister des Aeußeren, Delcassee, wiederholt Annäherungsversuche gemacht hat, unter anderen vor sieben Jahren, als Fürst Radolin in Paris eintraf und dieser ihm Vorschläge betr. eine französisch-deutsche Annäherung machte. Delcassee antwortete auf diese Vorschläge mit verschiedenen Fragen, die aber niemals von Deutschland beantwortet worden sind. Andererseits verständigte Delcassee Deutschland am 24. März 1904 vor der Unterzeichnung des französisch-russischen Abkommens von dem Inhalte dieser Entente, so daß Deutschland noch **vor Rußland Kenntnis** von dieser erhielt.

× **London,** 3. Nov. Der Petersburger Korrespondent der „Times" übermittelt seinem Blatte die **neueste Enthüllung aus der Zeit des Burenkrieges.** Er erklärt auf Grund von Informationen aus angeblich guter Quelle, daß zur Zeit, als England in Südafrika Niederlagen erlitt, von Deutschland der Versuch unternommen wurde, Rußland gegen das britische Weltreich ins Feld zu schicken. Deutschland habe in Petersburg einen Demonstrationszug in Zentralasien angeregt, wodurch die britische Herrschaft in Indien bedroht werden würde. (Schon die Tatsache allein, daß es die „Times" ist, deren Hetze gegen Deutschland anläßlich der Twedmouthaffäre noch in aller Gedenken ist, die diese Nachricht bringt, genügt wohl, um die obige Meldung mit starkem Zweifel aufzunehmen.)

* * *

Ueber die Aufsehen erregenden Aeußerungen des Kaisers zu einem englischen Diplomaten, die neulich der „Daily Telegr." veröffentlichte, wollen die Konservativen, nach der „Deutschen Tageszig.", im Reichstage eine **Interpellation einbringen.** Ein Beschluß der Fraktion ist aber noch nicht gefaßt. Auch die „Nationalib. Korr." ist der Ansicht, daß eine solche Interpellation „über die eigenartigen Methoden unserer auswärtigen Politik" nicht zu umgehen sei.

Eine verzweifelte Stimmung herrscht in den Kreisen des Handels und der Industrie. Ein Mitarbeiter der „Tägl. Rundsch." hat sich bemüht, festzustellen, wie die Auslassungen des Kaisers auf die in Berlin beglaubigte auswärtige Diplomatie und wie sie auf unsere **Großkaufleute** und **Großindustriellen** gewirkt haben. Er schreibt:

„Der erste Mann des Erwerbslebens, den ich aufsuchte — es war einer der Direktoren einer der größten deutschen Aktiengesellschaften —, erklärte mir mit dürren Worten: **„Bei uns ringt alles die Hände.** Die Worte des Kaisers werden die **schlimmsten Folgen** für uns haben. Wie soll man disponieren, wenn man mit **derartigen Störungen** zu rechnen hat? **Man verliert den Mut zur Arbeit.** Insbesondere unser **Orientgeschäft** wie die Stellung Deutschlands im Orient überhaupt wird furchtbar leiden. Mit Beweisstücken von der Art dieses Gesprächs in der Hand wird es England allerdings nicht schwer fallen, den Türken zu beweisen, daß sie **auf uns nicht rechnen können. Der deutsche Handel wird die Kosten zu tragen haben.**

Was sagt die deutsche Presse?

Die „Köln. Volkszeitung" schreibt in ihrer Abendnummer vom Montag im Sperrdruck:

Wir haben in den letzten Nummern eine Anzahl von Preßstimmen aus den verschiedenen Parteilagern zusammengestellt, um zu zeigen, daß überall der **Ernst der Lage** vollaus erkannt wird. Byzantinische Schönfärberei und Vertuschungssucht wagt sich kaum noch irgendwo hervor. Anderseits dürfen aber auch engherzige Parteierwägungen in dieser das Wohl und Wehe des Vaterlandes so nahe berührenden Angelegenheit ganz und gar keine Rolle spielen. Wenn irgendwo, so muß es hier heißen: **das Vaterland über die Partei.** — Und so wird auch die **deutsche Zentrumspartei** in keiner Weise sich einem Gefühl der **Genugtuung** darüber hingeben dürfen, daß der Staatsmann, welcher ihr am 13. Dezember 1906 so schnöde den Fehdehandschuh vor die Füße geworfen hat, von der unabhängigen öffentlichen Meinung aufgegeben ist. Berechtigt ist allerdings die Empfindung einer großen **Erleichterung,** daß die Zentrumspartei als solche mit dieser Katastrophe auch von den bösartigsten Gegnern in keiner Weise in Verbindung gebracht werden kann, da sie „ausgeschaltet" war, als diese unglaublichen Dinge sich im Deutschen Reiche zugetragen haben. Man denke sich: das Zentrum noch in seiner früheren Stellung zur Regierung bei Bekanntwerden der Enthüllungen der „Nordd. Allgem. Ztg.!" Da würde die Hetze vom 13. Dezember 1906 und die nachfolgende Wahlkampagne noch ein wahres **Kinderspiel** gewesen sein, gegen das, was wir jetzt zu erleben hätten.

Aber dieser Gedanke kann uns nicht dazu verführen, es nun unseren Gegnern, die heute in ganz anderer Weise als das Zentrum vor dem 13. Dezember 1906 das Heft in der Hand haben, ebenso zu machen. Ein Gefühl der Genugtuung über diese traurigen Vorkommnisse darf innerhalb der deutschen Zentrumspartei nicht Platz greifen; **denn die Katastrophe, welche den Kanzler des Deutschen Reiches getroffen hat, trifft das Deutsche Reich, trifft uns alle mit. Bei allen, welche es mit dem Vaterlande wohl meinen, darf jetzt nur der eine Gedanke lebendig sein und wirksam werden, daß das Deutsche Reich sich in schwieriger Lage befindet, daß vielleicht schlimme Verwickelungen nicht ausbleiben, daß jedenfalls ein reiches Kapital Ansehen und Vertrauen, welches früher aufgesammelt worden ist, vertan erscheint. Angesichts dessen haben alle Parteierwägungen zu schweigen, kann es sich jetzt nur darum handeln, daß alle Wohlmeinenden alles einsetzen, damit das Vaterland möglichst glimpflich aus dieser Lage sich heraushilft.** Der **Deutsche Reichstag** ist kaum jemals in einer schwierigeren Situation zusammengetreten als in diesem Jahre. Möge er seiner ganzen Verantwortlichkeit sich bewußt sein. Möge die Vertretung des deutschen Volkes gut machen, was die Staatsmänner, welchen seine Geschicke anvertraut waren, gesündigt haben! Das kann nur geschehen, wenn der Deutsche Reichstag in diesem Falle nicht das Bild der Parteizersplitterung darbietet, sondern wenn **einmütig,** unter Zurücksetzung aller Sonderbestrebungen, mit dem ganzen Ernste, welchen die Lage erfordert, beraten und beschlossen wird, was dem Vaterlande zum Heile gereichen kann.

Das **„Leipziger Tageblatt"** schreibt:

„Die Sache ist einfach zu ernst, um allein mit einer Kritik erledigt zu sein, es muß zu einer **Aktion aller politischen Kräfte im Deutschen Reiche** kommen, um Garantien für die Zukunft zu schaffen. Um auch dem politisch Indifferenten einen schwachen Begriff von der Bedeutung der Stunde zu geben, braucht nur gesagt zu werden, daß ähnliche Vorkommnisse für englische Verhältnisse zum Beispiel zwar undenkbar wären, daß ihre Enthüllungen aber zu einer Katastrophe für die Krone führen müßten. Bei unseren anders liegenden Verhältnissen braucht man um solche Konsequenzen nicht zu bangen. Aber gerade deshalb erwächst uns wie allen Beteiligten, das heißt dem deutschen Volk, die andere Pflicht zur deutschen Besinnung, daß die Geschicke einer ganzen Nation zu heilig sind, um immer wieder solchen Gefahren ausgesetzt zu werden, wie wir sie haben heraufziehen sehen. Wenn jetzt die zunächst dazu Berufenen, das sind die **Presse und der Reichstag, versagten, so würden sie einen Verrat an ihrem Volke begehen.** Deshalb müssen auch wir aussprechen, was ist. So weit wir sehen können, hat die deutsche Presse, die politisch so schlecht erzogene, oftgescholtene und nicht immer mit Unrecht schlecht behandelte deutsche Presse, **ihre Pflicht getan.** Sie hat gesagt, daß die Politik des deutschen Kaisers **nicht die Politik des deutschen Volkes** ist, daß sie in der ganzen Geschäftsführung nicht das Wohl des Reiches als des obersten Faktors gewahrt sieht, und daß sie leider gezwungen ist, heute dem Auslande manches zu verzeihen, was bisher böser Wille schien. Es ist nun am Reichstag, seine Pflicht zu tun und dafür zu sorgen, daß er nicht zur Farce eines Parlaments werde. Es geht nicht mehr an, daß das hohe Haus diese nach der Verfassung dem Bundesrat koordinierte Instanz, sich mit Redensarten abspeisen läßt, daß es sich damit begnügt, wenn etwa irgend jemand aufs neue erklären sollte: Ich übernehme die Verantwortung. Diese Verantwortung **ist** nicht mehr zu übernehmen, außer man fasse sein Amt als ein Hofamt und nicht als ein Staatsamt auf. Der **Reichstag** hat die Pflicht, jetzt **unter Zurücksetzung aller trennenden Momente,** als einheitliches Gebilde, als die politische Vertretung des deutschen Bürgertums, **seinen Willen dem jeder anderen Gewalt entgegenzusetzen, die an dem bisherigen Zustand nichts zu ändern wünscht oder wagt.** Da der Reichstag die Macht dazu hat, wird er sie **gebrauchen müssen,** oder er setzt sich **dem Gespött des deutschen Volkes aus** und ist den Namen nicht wert, den er führt. **Kein Minister** darf vor ihm bestehen, mit keinem Minister darf er verhandeln, der sich **nicht mit seiner Person dafür verbürgt,** daß ähnliches **halsbrecherisches Voltigieren in Zukunft ausgeschlossen ist.** Ob hierüber eine Kanzlerkrise heraufzieht, ob sie in Permanenz erklärt wird, ist gleichgültig nach dem, was wir gesehen haben. Ein Blatt erinnert den zitierenden Kanzler an ein Zitat, gesprochen am 13. Dezember 1900 im Reichstage, das da lautet: „Für Seine Majestät den Kaiser sind lediglich nationale Gesichtspunkte maßgebend, und wenn es anders wäre, wenn irgend welche verwandtschaftlichen oder dynastischen Verhältnisse Einfluß hätten auf die Entschließungen Seiner Majestät, so würde ich nicht einen Tag länger Minister bleiben." Die Moral dieses Zitates ist durch keine noch so geistreiche Interpretation in ihr Gegenteil zu verkehren. **Deutschland wartet auf die Entschließungen des Fürsten Bülow."**

„Tägl. Rundschau": „Es liegen eine Anzahl Anzeichen dafür vor, daß die Krisis noch nicht beendet ist. Insbesondere fällt es auf, daß sich der Reichskanzler in seinen Empfängen Beschränkungen auferlegt; Besprechungen, die für diese Tage angesetzt waren, werden verschoben. Der Kandidat des Kaisers für die Nachfolge des Fürsten Bülow soll gegebenenfalls in erster Linie der General **von Mackensen** sein. Außerdem werden Freiherr **von Marschall** und der **Fürst von Hatzfeld,** auch der Statthalter **Graf von Wedel** wird genannt. Das **Ausscheiden des Staatssekretärs von Schoen gilt als sicher.** Außerdem bezeichnet man die Stellung des Unterstaatssekretärs im Auswärtigen Amt **Stemrich** als erschüttert. — Der **Kaiser** soll am Samstag bei der **Rekrutenvereinigung** eine **Rede** gehalten haben, deren **Inhalt besonderes Aufsehen** erregt. Man spricht auch von **Intrigen** gegen den Fürsten Bülow, die bereits vor dem Erscheinen der Publikation im „Daily Telegraph" im Gange gewesen sein sollen. Der Kaiser soll sich neuerdings ausschließlich aus dem „Berliner Lok.-Anz." über das Echo des bekannten Interviews und der „Nordd. Allg. Ztg." informieren und daraufhin der Meinung sein, daß zu besonderer Beunruhigung keine Veranlassung vorliege.

In bayerischen Blättern liest man: „Die Folgerung geht nach zwei Seiten. Lassen sich die **Bundesfürsten** und der **Bundesrat** diese Zustände noch weiter gefallen? Sofort müßte der diplomatische Ausschuß einberufen werden, um in der nachdrücklichsten Weise **dem Willen des Kaisers den des Deutschen Reiches entgegenzustellen. Der Kaiser überschreitet seine Kompetenzen,** er spricht als Monarch und Herrscher eines Einheitsstaates von seinem Volk und handelt als solcher. Sind Bundesfürsten und Bundesrat auch fernerhin gewillt, das zuzulassen? Werden sie nicht endlich einmal das Präsidium des Bundes in den Kreis seiner Befugnisse zurückführen? Auch an den **Reichstag** muß appelliert werden. In der Kritik und Abwehr dieser Zustände müssen alle Parteien solidarisch sein. Bei aller Loyalität muß er ernst und bestimmt vorgehen, um dem Deutschen Reich die Stellung unter den Völkern zu sichern, die ihm gebührt, und dem deutschen Volk das Vertrauen auf sich selbst zu erhalten.

Sehr scharf äußert sich die liberale **Augsburger Abendzeitung:** Wir hätten nicht nur ein Reichsoberhaupt, das — in aller schuldigen Ehrerbietung sei es gesagt — sich über die Tragweite seiner Worte allzu häufig nicht genügend Rechenschaft ablegt, sondern wir sähen auch die Leitung unserer auswärtigen Politik in den Händen von Männern, die ihrer Unfähigkeit, dieses hohen Amtes zu walten, in der **eklatantesten** Weise erwiesen hätten. **So leite man keinen Spezereikram,** geschweige denn die Geschäfte eines großen Reiches, das Weltpolitik treiben will, und wenn die Sache sich so verhielte, würden wir sagen: es ist höchste Gefahr und es muß das Mögliche und Zulässige geschehen, um gründlichen Wandel zu schaffen.

Wie man in Paris über die deutsche Blamage denkt, spricht in hämischer Schadenfreude das **„Echo de Paris"** aus: „Was in Deutschland vorgeht, überschreitet alles, was die Einbildung sich vorstellen kann. Wir wußten, daß die Leitung der äußeren Politik Deutschlands gefährliche Ueberraschungen barg, aber man konnte sich doch nur schwer denken, daß sie es so weit treiben könnte. . . . In Europa wird man wissen, daß die deutsche Politik hinfort niemandem, wer immer es sei, Vertrauen einflößen kann, steht doch fest, daß sie von der erstbesten **Phantasie des Kaisers oder einer Dummheit des Kanzlers** abhängt. Noch nie hat man einen Herrscher gesehen, der in einer ausländischen Zeitung absichtlich die Schritte enthüllte, die von dritten Persönlichkeiten bei ihm gemacht wurden, indem er sie in der unglaublichsten Weise entstellte. Danach wird man die Deutschen schlecht empfangen, wenn sie sich beklagen, daß man ihnen mißtraut und ihren guten Willen bezweifelt. Wenn man so viel Doppelzüngigkeit und Inkohärenz sieht, kann man sich nur noch mehr zu der so deutlichen und klugen Orientierung gratulieren, die Herr Delcassee der französischen Politik gegeben hat. Nie machte sich das Bedürfnis, diese Orientierung streng beizubehalten, fühlbarer, wie im gegenwärtigen Augenblick, wo Deutschland und sein ausgezeichneter Sekundant im Orient eine ebenso **schurkische wie unkluge Politik** begonnen haben. Aber was uns unendlich freut, ist, daß die deutsche Oeffentlichkeit über die Art und Weise, wie die auswärtige Politik des Reiches geführt wird, unterrichtet wurde. Sie müßte endlich die ganze Wahrheit kennen, mit welch' niedrigen Intriguen man 1905 versucht hat, die französische Politik lahmzulegen." Unterzeichnet ist dieser Artikel von Andree Mevil, dem Offiziosus des — Herrn — Delcassee! — Im **„Eclair"** schreibt Ernest Judet: „Ich war gestern in London und bitte Sie, zu glauben, daß sich die Engländer sehr amüsierten. Für einen britischen Sonntag war er nicht traurig. Die allgemeine Freude erklärte sich aus dem jüngsten Abenteuer Wilhelms II. Seine persönliche Lage kompromittiert, das entzückte die braven Leser bis zum Delirium: **drüben ist ja jedermann Chauvinist,** und das erste Zeichen, an dem der Insular-Chauvinismus zu erkennen ist, ist der Haß des deutschen Kaisers. — Der **„Radical"** triumphiert: „Wer hätte vor dieser außerordentlichen Narretei eine solche Leichtfertigkeit der mächtigen deutschen Organisation vermutet! Der Bericht, den man uns gibt, ist wirklich so phantastisch und so unglaublich, daß man sich nicht entschließen kann, an seine Wahrheitstreue zu glauben."

* * *

= **Berlin,** 2. Nov. Aus Kreisen der französischen Botschaft wird bestätigt, daß der **französische Botschafter Cambon** am Samstag vormittag **im Auswärtigen Amte eine Note überreicht** hat, die sich mit dem Kaiserinterview beschäftigt. **Auf dem Auswärtigen Amte dagegen erklärt man, die Note beziehe sich lediglich auf Marokko.**

□ **Rom**, 3. Nov. **Die Meinung in Italien.** Das Urteil der italienischen Blätter spiegelt sich in den Ueberschriften wieder: **„Unzeitgemäßes Interview", „Alle Welt verärgert", „Politik Lohengrins".** Die franzosenfreundlichen Blätter richten heftige Angriffe gegen den Kaiser, die nicht wiederzugeben sind, da sie in Deutschland als Majestätsbeleidigungen gelten würden.

○ **London**, 2. Nov. Die **Engländer machen** sich heute **lustig** über die Art und Weise, wie die wichtigsten Geschäfte des deutschen Reiches geführt werden. Die ganze Angelegenheit wird als eine **große Blamage für das deutsche Reich**, für den Reichskanzler und ganz besonders für das Auswärtige Amt betrachtet.

Der Balkanbrand.

 # Rom, 2. Nov. Das „Giornale d'Italia" läßt sich aus Berlin melden, daß **Fürst Bülow** in den nächsten Tagen eine **Zusammenkunft mit Tittoni** in Mailand haben werde. Die Nachrichten von einer bevorstehenden Zusammenkunft Tittonis mit Clemenceau wird dementiert.

○ **Petersburg**, 3. Nov. **Das Slaventum.** Die Nowoje Wremja veröffentlicht einen längeren Artikel, in dem die Ursachen aufgezählt werden, die Rußland zwingen, die Südslaven zu unterstützen. Das Germanentum, so heißt es in dem Artikel, droht über Saloniki nach Konstantinopel und Kleinasien vorzudringen und sich sogar auf den Kaukasus und die Krim zu erstrecken. Rußland wird durch seine Weigerung die Einverleibung Bosniens und der Herzegowina anzuerkennen, sein Ansehen in der Levante vergrößern und in Zukunft eine größere Rolle in der internationalen Politik spielen.

○ **Petersburg**, 3. Nov. Der **serbische Kronprinz** wurde vom Zaren beauftragt, König Peter ein Handschreiben zu überreichen, in dem der Zar neuerdings der Sympathie Rußlands für die Slaven des Südens Ausdruck verleiht und verspricht, für eine friedliche Lösung aller schwebenden Fragen eintreten zu wollen.

○ **Petersburg**, 2. Nov. Der **serbische Kronprinz**, sein Bruder Alexander und das Gefolge des Kronprinzen waren gestern nach Peterhof vom Zaren zum Frühstück eingeladen. Der Zar überreichte dem Kronprinzen den Alexander-Newski-Orden. Im Verlaufe des Nachmittags stattete Stolypin dem Kronprinzen einen Besuch ab. Aus Regierungskreisen verlautet, Rußland werde demnächst eine Note an die Mächte versenden, in der die Annexion Bosniens und der Herzegowina nicht anerkannt wird. Erst dann werde Iswolski vor der Duma die beabsichtigte Rede halten. Seine Stellung beginnt sich wieder zu befestigen.

□ **Petersburg**, 2. Nov. **Rußland und Serbien.** Die St. Petersburger Telegraphenagentur verbreitet folgende offiziöse Vorsichtsverwendungen: Der **Kronprinz von Serbien** verläßt heute St. Petersburg. Sein hiesiger Aufenthalt trug, wie vorausgesehen, keinen offiziellen Charakter. **Paschitsch** bleibt noch einige Zeit in St. Petersburg. Der Kronprinz konnte während seines Aufenthaltes in der Residenz die Aussicht erlangen, daß die russischen Regierungskreise Serbien mit voller Sympathie gegenüberstehen und bereit sind, Serbien moralische Unterstützung zu gewähren, daß diese aber direkt von der Handlungsweise der Serben und davon abhängt, ob sie jeden unvorsichtigen, unüberlegten Schritt unterlassen, der in gewissem Grade den Charakter einer Provokation tragen könnte. Das wurde hier dem Kronprinzen und Paschitsch durch den russischen Vertreter in Belgrad klar zum Ausdruck gebracht. Volle Sympathie fanden die Serben auch in den Kreisen der Gesellschaft, die ebenfalls zur Besonnenheit zu überzeugen bestrebt sind. Diese Stimmung der öffentlichen Meinung fand den besten Ausdruck in dem Antworttelegramm des Präsidenten der Reichsduma, Chomjakoff, an den Präsidenten der Skupschtina, in dem ausgesprochen wird, daß nur eine friedliche Lösung der Krisis die Zukunft des Slawentums dauernd sichere. Die Verhandlungen des Ministers des Aeußern, Iswolski, mit Oesterreich nehmen fortdauernd einen normalen Gang.

□ **Sofia**, 3. Nov. Die **Sobranje** nahm eine **Adresse auf die Thronrede** an. Die Adresse billigt die Unabhängigkeits-Erklärung, nach der das Volk 500 Jahre lang geschmachtet habe und die zur Wahrung der Interessen und der Würde des Staates geboten gewesen sei. Der König habe mit der Verwirklichung des Ideals den Bestrebungen und dem Willen des Volkes entsprochen. Die Regierung habe die Pflicht des Staates erfüllt, als sie den Betrieb der Orientbahn für sich in Anspruch nahm. Die Volksvertretung erkenne den Ernst der politischen Ereignisse an und werde die Regierung in ihrem Vorgehen unterstützen.

× **Konstantinopel**, 2. Nov. **Die Türkei stimmt der Konferenz zu.** Die Pforte hat am 31. Oktober ihre Antwort auf die Einladung zur Konferenz nach London entsandt. Sie nimmt bedingungsweise die Konferenz an, verlangt jedoch, daß das Programm genau begrenzt werde und daß nur zwei Fragen, nämlich die Klärung der Stellung Bosniens und der Herzegowina, sowie die bulgarische Unabhängigkeitserklärung behandelt werden. Bezüglich Bosniens und der Herzegowina wünscht sie ferner, daß die Signatarmächte in eine Untersuchung darüber eintreten, welchen Beitrag diese früheren türkischen Provinzen zur Tilgung der türkischen Staatsschuld zu leisten hätten. Die Beratungen über Kompensationen anderer Staaten und über die Artikel 61 (Reform in Armenien) und 23 (Kreta) des Berliner Vertrages lehnte die Pforte ab.

Luftschiffahrt.

○ **Magdeburg**, 3. Nov. **Der erste Unfall.** Gestern nachmittag stieg der **Ingenieur Grade** mit seinem **Flugapparat** zum erstenmale auf. Der Apparat hob sich anfangs 1½ Meter hoch und 50 Meter weit. Bei einem dritten Versuche stieg er nach 100 Meter Anlauf bis 8 Meter und flog 60—70 Meter weit. Durch eine Schwenkung kam der Apparat zu allzuschneller Landung, wobei die Schraube und die rechte Flügelspitze brach.

○ **Stuttgart**, 2. Nov. **Der Kaiser im Luftschiff.** Gelegentlich des Jagdaufenthaltes in Donaueschingen wird der Kaiser zwischen dem 12. und 14. November in Manzell das Zeppelinsche Luftschiff besuchen und an einem Aufstieg teilnehmen.

‡‡ **Friedrichshafen**, 3. Nov. Bei der Ankunft des Kaisers in Donaueschingen plant Graf Zeppelin **eine eigenartige Begrüßung des Monarchen.** Er soll sich mit dem Gedanken tragen, dem Hofzug entgegenzufahren und ihn in seinem Luftschiff bis nach Donaueschingen zu begleiten.

+ **Friedrichshafen**, 2. Nov. Das **Luftschiff** mit der Herzogin Vera von Württemberg und Graf Zeppelin an Bord ist um 2¼ Uhr bei schönem Wetter aufgestiegen und nahm zunächst die Richtung über den Schloßpark nach Friedrichshafen. Wie es heißt, soll die Fahrt späterhin bis zur Insel Mainau führen.

◊ **Friedrichshafen**, 2. Nov. Das **Luftschiff** ist nach **dreiviertelstündiger Fahrt** über dem Bodensee um 8¼ Uhr **glatt gelandet.** Die Herzogin Vera wird heute Abend wieder nach Stuttgart zurückkehren. Hier herrschte heute noch wenig Verkehr.

= **Le Mans**, 31. Okt. **Flugversuch Wilbur Wrights.** Wilbur Wright führte vor der Heereskommission der Deputiertenkammer einen Flug aus, bei dem er bis in die bisher noch nicht von ihm erreichte Höhe von 50 Meter aufstieg. Ein zweiter in Begleitung des Deputierten Doumer ausgeführter Flug dauerte 10 Minuten 37 Sekunden. Wright versuchte noch drei weitere Flüge, doch mißlangen ihm diese Versuche.

Westfalen — Rheinland.

★ **Lüdinghausen**, 2. Nov. **Karambolage.** Als gestern, Sonntag, nachmittag die Omnibuspost vom Zuge 3,50 Uhr zurückkehrte, zog der Samstag hier eingetroffene **Zirkus** mit etwa 12 Pferden, einem Kamel und einem Bär los, um Gäste zur Vorstellung einzuladen. Als der Postwagen den Zug vorbei fahren wollte, **ging der Bär auf die Pferde los**; diese scheuten und liefen der Cremerschen Pferdeweide zu. Der Postwagen blieb auf der Einfriedigung hängen, ein Pferd lag diesseits derselben und blutete, das andere Pferd war über die Einfriedigung gesprungen und stand in der genannten Weide. Der Kutscher und die Postbeamten retteten sich rechtzeitig durch abspringen. In der Erregung liefen 2 Knaben vor die scheugewordenen Pferde, ohne glücklicherweise Schaden zu nehmen. Der Wagen ist stark beschädigt; die Pferde haben nicht unerhebliche Verletzungen erhalten. Zum Glück war der Postwagen nicht mit Passagieren besetzt, sonst hätte der Unglücksfall noch weitere Folgen nach sich ziehen können.

★ **Seppenrade**, 3. Nov. **Rieseneiche.** Auf dem Schulzenhofe Cremer-Kleing zu Seppenrade steht als Seltenheit eine Eiche, die 8½ Meter im Umfang hat. Welches Alter die wohl haben mag?

 # Herbern, 2. Nov. In der Gemeinde Herbern finden am Montag, den 16. November, vormittags 10 Uhr, in der Knabenoberklasse die **Ergänzungswahlen für die ausscheidenden Gemeindeverordneten** statt. Es scheiden aus: in der 3. Abteilung der Wirt Wesselmann, in der 2. Abteilung der Kolon Melchior Westhues und Kolon Middendorf, in der 1. Abteilung Freiherr von Nagel.

□ **Herbern**, 2. Nov. Am Sonntag fand im Saale des Herrn Tergeist eine gut besuchte Generalversammlung des **Geflügelzucht- und Obstbauvereins Herbern** statt. Der Vorsitzende, Herr Holtmann, erstattete Bericht über die Obst- und Geflügelausstellung in Lüdinghausen. Hierauf folgte eine Besprechung der von den Vereinsmitgliedern eingelieferten Obstsorten. Einstimmig beschloß man, im nächsten Jahre vier Versammlungen statt der bisherigen zwei abzuhalten und die Vereinsschrift auf Kosten des Vereins zu bestellen.

★ **Münster**, 3. Nov. **Zum päpstlichen Geheimkämmerer** wurde der Pfarrer der St. Ueberwasserpfarre, Herr Theodor **Kochmeyer**, ernannt. Msgr. Kochmeyer weilte noch vor kurzem in Rom, wo er mit dem Klerus des Kölner Pilgerzuges vom hl. Vater empfangen wurde. In seiner Eigenschaft als Diözesanpräses wurde er bei diesem Empfang auch dem hl. Vater vorgestellt.

★ **Münster**, 2. Nov. Am Freitag nachmittag wurde ein Dienstmädchen von der Klosterstraße dabei überrascht, als es ihr kurz nach der Geburt **getötetes Kind** hinter einer Hecke in der Nähe des Coesfelder Kreuzes zu **vergraben** suchte. Nach erfolgter Festnahme gestand das Mädchen das Verbrechen ein.

□ **Münster**, 1. Nov. Das heutige **Jubiläum** des 100jährigen Bestehens der zu Allerheiligen 1908 vom nachmaligen Erzbischof von Köln, Clemens August Frhrn. zu Droste-Vischering gegründeten **Genossenschaft der barmherzigen Schwestern** (Clemensschwestern) verlief, dem bescheidenen Wirken der Schwestern entsprechend, ohne äußeren Glanz. Weihbischof **Graf v. Galen** zelebrierte morgens in der Kapelle des Mutterhauses ein Pontifikal-Hochamt. Später überreichte eine Deputation des Magistrats, des Stadtverordnetenkollegiums und der Armenkommission im Namen der Bürgerschaft Münsters folgende **Adresse**: 100 Jahre sind heute verflossen, seitdem am Feste Allerheiligen 1808 die Genossenschaft der barmherzigen Schwestern zu Münster gegründet wurde; 100 Jahre reich an Tätigkeit im Dienste Gottes und aufopferungsvoller Nächstenliebe im Lande der roten Erde, besonders in Westfalens Hauptstadt. Trost und Gottvertrauen haben die barmherzigen Schwestern in einsame Krankenstuben hineingetragen und tausendfach das bittere Weh der Leidenden gelindert. Während böse Epidemien unsere Vaterstadt heimsuchten, sind sie unentwegt ihrer Pflicht treu geblieben, mochte auch der Tod reiche Ernte unter ihren Mitgliedern halten. Ein gütiges Geschick fügte es, daß schon bald nach der Gründung der Genossenschaft unser städtisches Clemenshospital zu den barmherzigen Schwestern in Beziehung trat. Was sie im Clemenshospital geleistet, nicht Menschengeist vermag es zu schildern, viel weniger Menschendank entsprechend zu lohnen. Eingetragen sind die Verdienste der Genossenschaft und ihrer Mitglieder im Buche des Lebens, eingegraben aber auch in den Herzen aller derjenigen, die in Liebe ihrer Vaterstadt gedenken. Ganz besonders ist es die städtische Armenkommission, welche der Schwestern Verdienst am heutigen Tage in Dankbarkeit gedenkt. Um dieser Dankbarkeit, wenn auch nur bescheidenen Ausdruck zu verleihen, hat die Armenkommission beschlossen, diese Adresse zu widmen „ihren Clemensschwestern." Münster am Feste Allerheiligen 1908.

★ **Bielefeld**, 2. Nov. **Erschossen** hat sich in vergangener Nacht in der elterlichen Wohnung der Einjährig-Freiwillige Bunsen vom hiesigen zweiten Bataillon des Infanterieregiments Nr. 55.

★ **Bad Sassendorf**, 1. Nov. **Auf eigenartige Weise** kam gestern abend gegen 6 Uhr der hier wohnende Arbeiter Küstermeyer **zu Tode.** Er hatte ein großes Fuder Stroh am Güterbahnhof angefahren und wollte es auf einen Wagen der Eisenbahn verladen. Um auf das Fuder zu gelangen, hatte er eine hohe Leiter an dasselbe angelehnt, auf der er stand, als er hinterwärts angerufen wurde. Beim Umdrehen verlor er das Gleichgewicht, stürzte hinterwärts herab und brach das Genick. Er war sofort eine Leiche.

× **Hörde**, 3. Nov. **Mord.** Gestern abend wurde auf der Chaussee Hörde-Aplerbeck der Anstreicher Franz **Lessing ermordet aufgefunden.** Der Leichnam wies Stiche an der Wange und an dem Unterkiefer auf. Außerdem war der Unterkiefer mehrfach zertrümmert. Allem Anscheine nach ist die Tat an einem anderen Ort begangen und der Leichnam erst später an die Stelle geschafft worden.

★ **Gevelsberg**, 2. Nov. **Eine Lebensrettung mit dem Tode bezahlt** hat der 11jährige Schüler Heinrich Bigge, der sein vierjähriges Schwesterchen, das von einem schnellfahrenden Wagen überfahren zu werden drohte, noch im letzten Augenblicke zurückriß. Er kam dabei zu Fall und geriet unter die Räder, die ihm über den Leib gingen. In der Nacht starb der mutige Retter. Das Schwesterchen wurde nur geringfügig verletzt.

× **Kettwig**, 3. Nov. **Eine ganze Familie erstickt.** Hier sind heute morgen der Steinbrucharbeiter Hermann Collenberg, seine Frau und zwei Kinder in ihrer Wohnung tot aufgefunden worden. Der Tod trat durch Erstickung ein; jedenfalls infolge der einem in der Stube brennenden Ofen entströmenden Gase. Drei in dem Nebenzimmer schlafende Kinder blieben unversehrt.

★ **Düsseldorf**, 2. Nov. Das Schöffengericht verurteilte den Händler Samuel Wallach von hier wegen **Feilhaltens unzüchtiger Ansichtskarten** in Anbetracht seiner wiederholten Vorstrafen zu drei Monaten Gefängnis.

★ **M.-Gladbach**, 3. Nov. **Ein Schmuggler-Prozeß**, einer der größten, die bisher ein preußisches Gericht beschäftigt haben, ist am Samstag vor der hiesigen Strafkammer zu Ende gegangen. Schon seit dem Jahre 1901 wurde an der holländischen Grenze, und zwar auf der ganzen Strecke von Kaldenkirchen bis Herzogenrath, bemerkt, daß holländisches Rindvieh in Trupps von 20 bis 30 Stück auf Schleichwegen über die Grenze getrieben wurde. Aber erst anfangs 1907 verdichtete sich der Verdacht so, daß in Waldenrath die drei Händler Hermann, Michael und Levy Kaufmann verhaftet werden konnten. Alsdann folgte Verhaftung auf Verhaftung, und es stellte sich heraus, daß auch sehr viel Vieh auf gefälschten Einführungsscheinen und durch gefälschte Viehbestandsbücher von Landwirten, die Helfersdienste leisteten, nach Deutschland geschafft wurde. Es hatten sich jetzt nicht weniger als 19 Personen aus verschiedenen Grenzorten zu verantworten, darunter Händler, Metzger, Landwirte, Handwerker und Fuhrleute. Der Schaden, den der Fiskus durch die Machenschaften der Schmuggler im Laufe der Jahre erfuhr, wird auf mindestens 50 000 Mark veranschlagt. Wie umfangreich der Schmuggel war, geht daraus hervor, daß die Landwirte in den in Betracht kommenden Grenzorten klagten, sie hätten **ihr eigenes Vieh garnicht mehr verkaufen können**, da holländische Kühe um 100 Mark billiger verkauft wurden. Das Urteil lautete für die vier Waldenrather Viehhändler Gebrüder Kaufmann und Gebrüder Lichtenstein auf einen solidarischen Wertersatz für hinterzogenen Zoll in Höhe von 38 800 Mk. Ferner wurden diese vier zu Gefängnisstrafen von 5—10 Monaten verurteilt, worauf die erlittene Untersuchungshaft zum Teil angerechnet werden soll. Der fünfte Hauptangeklagte, der Vater der beiden Brüder Kaufmann kam mit drei Tagen Gefängnis davon. Sechs von den Angeklagten erhielten Gefängnisstrafen von 1—3 Monaten, davon wurde einer außerdem zu einem Wertersatz von 900 Mark verurteilt. Für acht Angeklagte lautete das Urteil auf Freisprechung.

★ **Köln**, 2. Nov. **Eine wichtige Neuerung im Eisenbahnbetrieb** wird demnächst hier in Tätigkeit treten. Um bei nebligem Wetter und sonstiger Dunkelheit ein Ueberfahren der Signale zu verhüten, hat die hiesige Eisenbahndirektion einer Anordnung des Ministers der öffentlichen Arbeiten entsprechend, auf mehrere Strecken, kurz vor der Einfahrt in die Bahnhöfe, sowie in der Nähe der Blockstationen sogenannte **Knallichtanlagen** herstellen lassen. Sobald die Signalflügel auf „Halt" gehen, schrauben sich drei Knallkapseln selbsttätig auf den Schienenkopf und entzünden sich, sobald der Zug darüberfährt, mit lautem Knall unter blitzlichtartigem Aufleuchten. Dies ist für den Lokomotivführer das Zeichen, den Zug unverzüglich zum Stehen zu bringen.

★ **Köln**, 2. Nov. **Ein nichtsnutziger Anschlag** wurde Samstag nacht unweit Linz auf eine nach Frankfurt fahrende Dame verübt, die in einem Frauen-Abteil sitzend, von einer mitreisenden Frauensperson plötzlich betäubt wurde. Die Dame besaß noch so viel Kraft, die Notbremse zu ziehen, worauf auf offener Strecke die Attentäterin ergriffen und in ein besonderes Abteil gesperrt wurde. Später ist ihre Verhaftung vorgenommen worden.

★ **Bonn**, 2. Nov. Die hiesige **Schuldeputation** setzt sich aus 22 Herren zusammen, von denen im höchsten Falle 7 Herren, das ist nicht einmal ein Drittel, mit Bestimmtheit als Anhänger der konfessionellen Schule angesprochen werden können. Und das in einer Stadt, deren Bürger ganz zweifellos in ihrer überwiegenden Mehrzahl von der Simultanschule nichts wissen wollen. Vielleicht gibt diese Tatsache dem einen oder anderen von jenen naiven Leuten, die sich durch das Schlagwort: „Die Kommunalwahlen haben mit Politik nichts zu tun", einschläfern lassen, zu denken.

★ **Saarbrücken**, 2. Nov. Die **Durchstechereien zwischen Bergleuten und Beamten** auf der königlichen Grube **Göttelborn** bilden noch fortwährend den Gegenstand der Untersuchung des hiesigen Landgerichts. In der letzten Woche wurden an einem Tage fünfzig Bergleute von dem Untersuchungsrichter auf der Grube vernommen. Auf diese Vernehmung hin wurden der Kgl. Fahrsteiger Früh und die Kgl. Steiger Floch und Prümm außer Dienst gesetzt. Auf der Grube Göttelborn sind bisher bereits vor der Gerichtsverhandlung über die dortigen Durchstechereien, die im Januar stattfinden soll, sieben Werksbeamten (Obersteiger, Fahrsteiger und Steiger) außer Dienst gesetzt worden.

+ **Saarbrücken**, 1. Nov. **Urteil im Bestechungsprozeß der Saargruben.** Im Prozeß gegen 52 Beamte und Bergleute der Grube Reden wurde gestern abend gegen 6 Uhr das Urteil gesprochen. Wegen fortgesetzter schwerer Bestechung wurde der Fahrsteiger Riß zu drei Monaten Gefängnis verurteilt, seine mitangeklagte Ehefrau erhielt wegen Beihilfe eine Woche. Schwere Bestechungen wurden dem verstorbenen Obersteiger Spengler nachgewiesen. Seine mitangeklagte Ehefrau wurde freigesprochen. Weiter wurden verurteilt Steiger Heck wegen einfacher Bestechung zu zwei Monaten Gefängnis, Steiger Peter Keßler und Fahrsteiger Recktenwald gleichfalls wegen einfacher Bestechung zu je einem Monat Gefängnis. Insgesamt wurden 8 Bergleute zu Gefängnisstrafen von einer Woche bis 6 Monaten verurteilt. Ueber die Bestechungsgelder, welche den Steigern eingezahlt wurden, wurde die Einziehung verhängt. Bei den Steigern wurde vom Antrage des Staatsanwalts, ihnen auf die Dauer von drei Jahren die Befugnis abzusprechen, öffentliche Aemter zu bekleiden, von Seiten des Gerichts Abstand genommen. Die Kosten fallen den Verurteilten nach Maßgabe ihrer Strafen zur Last. Für die 38 Freigesprochenen trägt die Staatskasse die Kosten.

★ **Saarbrücken**, 3. Nov. Der Stallschweizer Weiß, der am Samstag als des Lustmordes bei Schiffweiler verdächtig verhaftet wurde, ist gestern wieder **auf freien Fuß gesetzt** worden. Wie aus Frankenthal in der Pfalz gemeldet wird, wurde dort ein Kaufmann aus Osterode im Harz, der sich durch allerlei Redensarten verdächtig gemacht hatte, festgenommen.

★ **Neunkirchen**, 2. Nov. Der in der Kohlwald-Mordsache gesuchte **Viehschweizer Weiß** ist heute abend hier **verhaftet** worden.

★ **Trier**, 3. Nov. **Kriegergrab.** Die Gebeine der auf unserm Friedhofe in Einzelgräbern zerstreut beigesetzten 91 französischen Soldaten, die während des Krieges 1870-71 in unserer Stadt als Kriegsgefangene gestorben sind, sollen gesammelt und in einer gemeinsamen Gruft unter dem den tapferen Gegnern gewidmeten Denkmal in der Mitte des Friedhofs beigesetzt werden. An dem feierlichen Akt wird eine Abordnung französischer Offiziere teilnehmen.

Vermischtes.

Berlin, 2. Nov. **Zur Feier des 100jährigen Bestehens der preußischen Städteordnung** errichtet Berlin mit 500 000 Mark Kapital eine Stiftung zur Unterstützung ehemaliger besoldeter und unbesoldeter Gemeindebeamten und deren Hinterbliebenen.

○ **Magdeburg**, 3. Nov. **Ein Drama im Gerichtssaal.** Das Schwurgericht verurteilte den vielfach vorbestraften Stallschweitzer Karl Engel aus Fehrbellin wegen Notzucht an einem 14jährigen Mädchen zu drei Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust. Bei der sofort vorgenommenen Verhaftung zog er ein Messer, stieß es sich in die Brust und brach schwer verletzt zusammen.

Bremen, 31. Okt. **Die Kasse der Güterabfertigung** des hiesigen Bahnhofes ist in der letzten Nacht um 24 000 ℳ beraubt worden. Der Dieb hat die Kasse mittelst Nachschlüssels geöffnet, die Summe herausgenommen und die Kasse wieder verschlossen. Das Geld war zu Lohnzahlungen bestimmt. Vom Täter hat man noch keine Spur.

Allenstein, 2. Nov. **Drei Kinder** des Besitzers Franz Kroll aus Krämersdorf im Alter von 4, 2 Jahren und von 7 Monaten, wurden in der elterlichen Wohnung **erstickt** aufgefunden. Der Unglücksfall wurde in Abwesenheit der Eltern wahrscheinlich dadurch verursacht, daß eines der Kinder brennende Kohlen aus dem Kochherd entnommen hatte.

= **Annaberg**, 3. Nov. 150 Zöglinge des Militär-Knaben-Instituts sind an **Diphtheritis** und **Mandelentzündung** erkrankt. Die Krankheit nimmt einen gutartigen Verlauf.

Kartoffel-Marktbericht

von der Preisberichtstelle des D. L.-R., Berlin W. 30.

Tendenz: stetig.

Für Kartoffeln in Wagenladungen von 10 000 Klgr. ist bezahlt worden in Mark für 50 Kilogramm:

Dortmund: Magnum bonum (Bruce, Up to date) 2,65; Rote gelbfl. 3,20; Weiße (Mühlhäuser, Zwickauer, Thüringer Kreuz) 3,65.

Köln: Rote Daber 2,30—2,35; Magnum bonum (Bruce, Up to date) 2,60—2,75; Weiße runde (Imperator, Maercker, Athene) 2,00; Blaue (Industrie) 2,50—2,65; Rote gelbfl. 2,70; Weiße (Mühlhäuser, Zwickauer, Thüringer Kreuz) 3,25.

Mannheim: Magnum bonum (Bruce, Up to date) 2,35—2,40; Blaue 2,80—3,00.

Berlin: Rote Daber 1,85—2,00; andere rote Sorten 1,60—1,65; Magnum bonum (Bruce, Up to date) 1,85—2,00; Weiße runde (Imperator, Maercker, Athene) 1,60—1,65.

Neisse: Rote Daber 1,40—1,70; andere rote Sorten 1,40—1,70; Magnum bonum 1,40—1,70; Weiße runde 1,40—1,70.

Kurzer Getreide-Wochenbericht

Die vor acht Tagen plötzlich eingetretene kalte Witterung hat um so mehr Beunruhigungen hervorgerufen, als — wie der amtliche Bericht betont — infolge Trockenheit die Bestellung im Rückstande und die bisher bestellte Saat ungenügend entwickelt ist. Auch ist zu berücksichtigen, daß bei Eintritt des Frostes noch ein großer Teil der Kartoffelernte sich im Boden befand, sodaß stellenweise mehr oder minder ernste Schäden entstanden sind, deren Umfang sich zur Zeit noch nicht ganz übersehen läßt. Als eine weitere Folge der kalten Witterung wurde angesichts des sehr niedrigen Wasserstandes die Möglichkeit eines baldigen Schiffahrtsschlusses in Erwägung gezogen. Alle diese Umstände wirkten befestigend, zumal auch aus Argentinien Meldungen über Frostschäden vorlagen. Trotzdem war aber an keinem der deutschen Märkte eine Belebung der Kauflust erkennbar, so daß sich höhere Preisansprüche nur vereinzelt durchsetzen ließen. Teilweise war infolge unbefriedigenden Geschäftsganges sogar ein weiteres Zurückweichen der Preise unvermeidlich, was umso bemerkenswerter ist, als das Angebot keineswegs drängt und auch von einem drückenden Wettbewerb des Auslandes bei erheblich niedrigeren Inlandspreisen nicht gesprochen werden kann. Scheinbar ist die Stockung im Ausfuhrgeschäft der Grund für das vorsichtige Verhalten der inländischen Käufer. Während aber die Gebote seitens Italiens für Weizen untentabel geblieben sind, regte sich für Roggen zeitweise der Export, so daß wieder manche Ladung ihren Weg nach der Küste nahm. Auch Böhmen zeigt neuerdings Begehr nach deutschem Roggen. Die ~~Truppen und feuren russischen Angebote kommen als~~ Konkurrenz für die deutsche Roggenausfuhr auch weiterhin nicht inbetracht. In Hafer erschweren erhöhte Forderungen bei mäßigem Angebot sowie ungünstige Schiffahrtsverhältnisse den Einkauf, so daß sich das Geschäft darin wieder in engen Grenzen bewegte. Lebhaftere Kauflust machte sich dagegen im Geschäft mit Braugerste bemerkbar und waren namentlich feine schwere Qualitäten gut unterzubringen. Auch Futtergerste fand bei zeitweise ermäßigten Forderungen größere Beachtung. Mais wurde wenig gehandelt. Auf dem Lieferungsmarkte gingen die anfangs erzielten Gewinne infolge milderer Witterung zum Schluß wieder verloren. Es stellten sich die Preise für inländ. Getreide am letzten Markttage in Mark pro 1000 Klgr. je nach Qualität wie folgt:

	Weizen:		Roggen:		Hafer:	
Königsberg	207	+3	169	+2½	158	+5
Danzig	205	+3	169	+4	160	—
Stettin	197	—	168	−1	160	−2
Posen	201	—	166	+1	159	—
Breslau	207	—	174	−1	160	—
Berlin	205	+1	173	—	177	+2
Magdeburg	201	—	173	+1	171	+3
Halle	203	+1	177	+1	170	—
Leipzig	203	+1	177	+1	166	—
Braunschweig	202	+3	172	—	175	+3
Rostock	195	−2	161	−2	157	−3
Hamburg	202	—	170	—	170	—
Hannover	204	+4	173	+3	178	+3
Düsseldorf	210	—	173	−1	165	—
Köln	200	−2½	170	−6	170	—
Mannheim	227	−2	187½	+1½	172½	+½
Straßburg	217	—	196	—	185	—
Stuttgart	225	−2	185	+2	170	—
München	220	−2	178	−2	173	−1

Weltmarktpreise: Weizen: Berlin Dez. 204,00 (—1), Budapest April 206,85 (+ 0,45), Paris Okt. 185,45 (+ 0,90), Liverpool Dez. 172,55 (+ 0,60), Chicago Dez. 152,50 (— 0,10). Roggen: Berlin Dez. 176,00 (— 0,75), Hafer: Berlin Dez. 165,25 (—) Mark.

Industrie, Handel und Verkehr.

• **Essen**, 2. November. Fruchtmarkt. (Nicht amtlich.) Weizen, inländ. 20,50—21,00 Mk., fremder 23,70 bis 24,70 Mk. Roggen, inländ. 16,50 bis 17,50 Mk fremder 21,25 bis 22,25 Mk. Hafer, inländ. 17,75 bis 00,00 Mk., fremder 17,25 bis 20,00 Mk. Buchweizen 21,50 bis 22,00 Mk. Futtergerste 14,00 bis 15,00 Mk. Mais 17,25 bis 19,00 Mk. Weizenvorschuß 29,00 bis 30,50 Mk. Roggenvorschuß 26,00 bis 26,50 Mk. Weizenkleie 10,00 bis 00,00 Mk. Alles per 100 Kg. frachtparität Essen ohne Sack bei Abnahme von Doppelladungen, mit Ausnahme von Kleie, die mit Sack gehandelt wird.

Schlachtviehmärkte: Essen. Dortmund.

Gattung	Qualität: I.	II.	III.	IV.	Qualität: I.	II.	III.	IV.
	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.
Ochsen	72-73	65-68	57-64	00-00	69-71	65-68	58-64	52-57
Kühe	70-00	63-67	57-60	53-55	69-70	63-67	56-62	48-55
Bullen	70-72	63-67	55-60	00-00	00-00	61-63	54-60	46-53
Schafe	80-00	68-75	50-60	00-00	70-78	60-69	00-00	00-00
Kälber	73-74	58-59	50-55	40-48	00-00	55-57	50-54	43-49
Schweine	69-00	64-68	57-63	00-00	67-00	62-66	55-61	00-00

Die Preise verstehen sich für 50 Kilogr. Schlachtgew.

Essen. Auftrieb: Großvieh 907, 149 Ochsen, 250 Bullen, 508 Rinder und Kühe, 579 Kälber, 201 Schafe, 3840 Schweine. Tendenz: Großvieh langsam, 18 Ueberstand, Kleinvieh mittel.

Dortmund. Auftrieb: 888 Großvieh, 2477 Schweine, 320 Kälber, 126 Schafe. Tendenz: langsam.